



Sächsischer Landtag

8. Sitzung

6. Wahlperiode

Beginn: 10:00 Uhr

Donnerstag, 5. Februar 2015, Plenarsaal

Schluss: 12:20 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	405	Jens Michel, CDU	415
			Dirk Panter, SPD	417
	Änderung der Tagesordnung	405	Dr. Frauke Petry, AfD	420
	Geburtstagsglückwünsche für die		Volkmar Zschocke, GRÜNE	423
	Abg. Iris Raether-Lordieck, SPD,		Jens Michel, CDU	425
	und Nico Brünler, DIE LINKE	405	Mario Pecher, SPD	425
	Änderung der Tagesordnung	405	Dr. Stefan Dreher, AfD	426
			Franziska Schubert, GRÜNE	426
			Überweisung an die Ausschüsse	427
1	1. Lesung der Entwürfe			
	– Gesetz über die Feststellung des			
	Haushaltsplanes des Freistaates			
	Sachsen für die Haushaltsjahre 2015			
	und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016			
	– HG 2015/2016) und die Festlegung			
	der Finanzausgleichsmassen und der			
	Verbundquoten in den Jahren 2015			
	und 2016 (Finanzausgleichsmassen-			
	gesetz 2015/2016 – FAMG 2015/2016)			
	Drucksache 6/777, Gesetzentwurf			
	der Staatsregierung			
	– Gesetz begleitender Regelungen			
	zum Doppelhaushalt 2015/2016			
	(Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016 –			
	HBG 2015/2016)			
	Drucksache 6/778, Gesetzentwurf			
	der Staatsregierung			
	– Neuntes Gesetz zur Änderung			
	des Finanzausgleichsgesetzes			
	Drucksache 6/779, Gesetzentwurf			
	der Staatsregierung	405		
	Prof. Dr. Georg Unland,			
	Staatsminister der Finanzen	405		
	Rico Gebhardt, DIE LINKE	410		
			Nächste Landtagssitzung	428

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags.

Gleich zu Beginn darf ich ganz herzlich Frau Kollegin Raether-Lordieck und Herrn Kollegen Brünler – bei ihm ist es der 40. – herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner Beifall – Rico Gebhardt und Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, gratulieren Nico Brünler, DIE LINKE. Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, überreicht Blumen.)

Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Hösl, Herr Hirche, Herr Kupfer – Herr Hösl ist da; ihn können wir streichen –,

(Christian Piwarz, CDU:
Ich habe ihn noch nicht gesehen!)

Herr Wild, Frau Kagelmann, Herr Neubert, Frau Neukirch und Herr Colditz.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Dort sind zwei Tagesordnungspunkte für die Einbringung der drei Gesetzentwürfe vorgesehen. Mir liegt aber die Information vor, dass die Fraktionen beabsichtigen, ihre Stellungnahmen in

einer Debatte abzugeben. Auch der Staatsminister der Finanzen wäre bereit, seine beiden Einbringungsreden zu einer zu verbinden. Insofern ist es sinnvoll, die beiden Tagesordnungspunkte – selbstverständlich unter Beibehaltung der vereinbarten Redezeiten – zusammenzufassen. Dies ist nach § 79 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung jederzeit möglich.

Weiterhin haben sich die Fraktionen darauf verständigt, dass jede Fraktion weitere fünf Minuten Redezeit erhält.

Wenn es keinen Widerspruch gibt, verfahren wir so. – Vielen Dank.

Daraus ergeben sich die folgenden Redezeiten: CDU 38 Minuten, DIE LINKE 29 Minuten, SPD 21 Minuten, AfD 19 Minuten, GRÜNE 17 Minuten, Staatsregierung 45 Minuten. Die Redezeiten der Fraktionen und der Staatsregierung können wie immer nach Bedarf verteilt werden.

Ich sehe jetzt keine weiteren Änderungsvorschläge zur oder gar Widerspruch gegen die Tagesordnung. – Die Tagesordnung der 8. Sitzung ist damit bestätigt.

Meine Damen und Herren! Aufgerufen ist

Tagesordnungspunkt 1

1. Lesung der Entwürfe

- **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2015 und 2016 (Finanzausgleichsmassengesetz 2015/2016 – FAMG 2015/2016)**

Drucksache 6/777, Gesetzentwurf der Staatsregierung

- **Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 (Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016 – HBG 2015/2016)**

Drucksache 6/778, Gesetzentwurf der Staatsregierung

- **Neuntes Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

Drucksache 6/779, Gesetzentwurf der Staatsregierung

Es spricht zunächst für die Staatsregierung als Einreicherin der Staatsminister der Finanzen, Herr Prof. Dr. Georg Unland. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Seit dem 26. Januar liegt Ihnen der Haushaltsentwurf für die Jahre 2015 und 2016 vor. Nach der Landtagswahl Ende August des vorigen Jahres, den anschließenden Koalitionsverhandlungen und der Regie-

rungsbildung ist es nun möglich, dass wir über den Haushalt beraten.

Lassen Sie mich zunächst auf die Rahmenbedingungen eingehen, unter denen dieser Haushalt aufgestellt wird: Viele haben das Gefühl, die Rahmenbedingungen seien derzeit hervorragend. Doch trifft das wirklich zu? Entspricht dieses Grundgefühl der tatsächlichen Lage? Wir haben uns bei der Aufstellung des Haushalts nicht von den guten Steuereinnahmen des Jahres 2014 blenden

lassen. Stattdessen haben wir unseren Entwurf auf eine solide Grundlage gestellt.

Zugegeben – im Jahr 2014 hat der Freistaat Sachsen erhebliche Steuermehreinnahmen erzielt, nämlich 616 Millionen Euro. Aber daran dürfen wir uns nicht berauschen. Vielmehr müssen wir realistisch bleiben. Es wäre ein fataler Irrglaube, diese Einnahmesituation als Dauerzustand für die Folgejahre zu unterstellen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Sosehr ich mir persönlich eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung wünsche – die globale politische und wirtschaftliche Lage ist derzeit unsicher. Das bedeutet, dass die guten bis sehr guten Faktoren der letzten Monate auch schnell in das Gegenteil umschlagen können. Die Einnahmesituation kann sich innerhalb kurzer Zeit entscheidend ändern.

Meine Damen und Herren! International gibt es viele Unwägbarkeiten, von denen wir momentan noch nicht wissen, wie sie sich auswirken werden. Ich denke dabei etwa an die Situation im Euro-Raum. Allein in den vergangenen vier Wochen fielen wichtige Entscheidungen, die die finanzielle Ausstattung des Freistaates negativ beeinflussen können, zum Beispiel das Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank, die Freigabe des Mindestkurses beim Schweizer Franken oder das Wahlergebnis in Griechenland. Auch die anhaltenden Spannungen in Osteuropa und die dortige – unsichere – politische Lage können weitreichende wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen.

In den arabischen Ländern liegt ein weiterer geopolitischer Krisenherd, dessen langfristige finanzielle Auswirkungen noch nicht absehbar sind.

In Fernost blicken wir vor allem auf die Entwicklung Chinas. Die seit 2013 größte Handelsnation der Welt ist einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Deutschlands. Gerade auch für unsere sächsischen Produkte ist China einer der größten Exportmärkte. 2014 verbuchte China das langsamste Wachstum seit 1990. Die schwächere Konjunktur wird sich auch auf die deutsche Wirtschaft auswirken und kann dazu führen, dass die Exporte nach China unter den Erwartungen bleiben.

Meine Damen und Herren! Dies sind nur einige Beispiele dafür, wieso die derzeitige Lage und die weitere wirtschaftliche Entwicklung so unsicher sind. Was die Unsicherheit vor allem ausmacht: Alle von mir soeben genannten Faktoren können wir hier in Sachsen in keiner Weise beeinflussen, aber mit den möglichen negativen Auswirkungen müssen wir zurechtkommen.

Weitere Unwägbarkeiten für unsere Einnahmesituation bringen die zukünftige Entwicklung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und der Rückgang der EU-Mittel mit sich. Der Freistaat erhält derzeit mehr als die Hälfte seiner Staatseinnahmen von Dritten: von der Europäischen Union, vom Bund und aus dem Länderfinanzausgleich. Diese stehen derzeit alle auf dem Prüfstand. Der Länderfinanzausgleich wird neu verhandelt, der Solidarpakt II

läuft aus, die EU-Mittel gehen zurück und die Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel werden verhandelt. Sachsen ist aber für seine weitere wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor auf Hilfe angewiesen. Mit einer Wirtschaftsleistung von 73 % des Bundesdurchschnitts und einer eigenen Steuerkraft von 43 % steht der Freistaat im Bundesvergleich im unteren Viertel.

All dies zeigt: Die Einnahmeentwicklung der vergangenen zwei Jahre war sehr gut. Zukünftig bestehen aber auch erhebliche Risiken. Trotz dieser Situation erwarten die Menschen im Freistaat – ich meine: völlig zu Recht –, dass wir auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig sind – und bleiben. Sie erwarten, dass wir die vorhandenen Spielräume nutzen, um in die Zukunft unseres Landes zu investieren.

Was die ungewisse Situation trotz der positiven finanziellen Lage des Jahres 2014 verschärft: Bereits jetzt verändern sich die Rahmenbedingungen, die unsere Spielräume der nächsten Jahre entscheidend prägen werden. Momentan sind die Bundesrepublik und die meisten Bundesländer aufgrund der hohen Steuereinnahmen in einer geradezu komfortablen finanziellen Situation. Aber fest steht: Die Einnahmesituation ändert sich. Schon lange ist bekannt – wir haben das hier im Hohen Haus schon des Öfteren diskutiert –, dass dem Freistaat durch den Rückgang der Solidarpakt- und EU-Mittel bis zum Jahre 2020 zwischen 2 und 2,5 Milliarden Euro weniger zur Verfügung stehen werden.

Nun stehen zusätzlich noch die Neuregelungen – und damit mögliche Veränderungen beim Länderfinanzausgleich und bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen – im Raum. In dieser Situation kann ich nur betonen: Realismus ist angebracht. Bislang konnten die rückläufigen Transfermittel durch Steuermehreinnahmen kompensiert werden. Trotzdem ist unser Handlungsspielraum bereits jetzt ausgabenseitig eingengt. Ein Grund dafür sind die Preis- und Tarifsteigerungen bei einem gleichbleibenden Haushaltsvolumen.

Das bedeutet: Mit der identischen Einnahmehöhe werden wir uns im Jahr 2020 weniger als im Jahr 2015 leisten können. Daher ist klar: In Zukunft müssen wir mit weniger Mitteln für gezielte Investitionen und Projekte auskommen. Das bedeutet eine große Herausforderung, die der Freistaat in den kommenden Jahren zu meistern hat. Aus diesem Grund ist weiter Zurückhaltung erforderlich, was die Ausgaben angeht. Auf der anderen Seite gilt: Jetzt müssen wir die Chancen nutzen, die wir uns durch unsere nachhaltige Haushaltspolitik der letzten Jahre als solide Basis erarbeitet haben.

Meine Damen und Herren, diese Haushaltspolitik ist eines der Markenzeichen der sächsischen Politik und besitzt seit einiger Zeit sogar Verfassungsrang.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Als erstes Bundesland haben wir 2014 ein sofort wirksames Neuverschuldungsverbot in die Verfassung aufgenommen und dadurch eine solide Finanzpolitik abgesi-

chert. Bereits seit dem Jahr 2006 nimmt der Freistaat keine neuen Schulden auf, sondern tilgt diese Jahr für Jahr. Das ist auch für die Jahre 2015 und 2016 vorgesehen. Seit einiger Zeit folgen andere Bundesländer und der Bund unserem Beispiel. Das Bundesfinanzministerium meldete Anfang des Jahres, dass der Bund für das Jahr 2014 keine neuen Schulden aufnehmen musste. Das erste Mal seit 1969, also seit 45 Jahren, hat er diese schwarze Null erreicht.

Wir in Sachsen hingegen feiern dieses Jahr ein kleines Jubiläum: nämlich zehn Jahre ohne Neuverschuldung. Das ist das Ergebnis unserer Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Durch die Zinsersparnisse des vergangenen Jahrzehnts haben wir uns politische Handlungsspielräume erarbeitet. Das ermöglicht uns, weiter in die Zukunftsfähigkeit des Freistaates zu investieren, ohne unsere Kinder und Enkel mit Schulden zu belasten. 25 Jahre nach der Neugründung des Freistaates Sachsen können wir sagen: Der Aufbau unseres Landes gelingt, ohne den Landeshaushalt überstrapazieren. Der Entwurf der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2015/2016 gestaltet die weitere positive Entwicklung Sachsens. Er bildet die Grundlage für eine weiterhin zuverlässige Politik zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger im Freistaat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun die Eckdaten des neuen Doppelhaushalts erläutern. Das Haushaltsvolumen liegt in beiden Jahren bei jeweils rund 17,2 Milliarden Euro. Damit hat der Haushaltsplan im Vergleich zum Vorjahr – 2014 – ein leicht wachsendes Volumen. Das Haushaltsvolumen erreicht damit erstmals fast wieder das Niveau vor der Finanzkrise. Er ist der erste Doppelhaushalt unter den Vorgaben des vom Sächsischen Landtag in die Verfassung aufgenommenen Neuverschuldungsverbots und kommt dementsprechend ohne die Aufnahme von Krediten aus.

Investitionen in die Infrastruktur sind äußerst wichtig für Sachsens Zukunftsfähigkeit. Sie verbessern nicht nur die Bedingungen für unsere heimische Wirtschaft, sondern sichern und steigern auch die Lebensqualität aller Bürger im Freistaat. Im Jahr 2015 rechnen wir mit einer Investitionsquote in Höhe von 17,3 %, für 2016 gehen wir von 16,5 % aus. Wenn man die Schadensbeseitigung des Hochwassers 2013 einrechnet, stellt man fest, dass die Werte für das Jahr 2015 bei 20 % und für das Jahr 2016 bei 18,9 % liegen. Damit liegt der Freistaat auch in den nächsten zwei Jahren im bundesweiten Vergleich auf sehr hohem Niveau.

Doch nicht nur die Investitionsquote zeigt, dass wir weiterhin nachhaltig Sachsens Zukunftsfähigkeit stärken und gestalten. Mit dem neuen Doppelhaushalt wollen wir Spielräume, die wir uns durch die Haushaltspolitik der vergangenen Jahre erarbeitet haben, nutzen, um in die fünf Eckpfeiler für Sachsens Zukunft zu investieren: die Sicherung der Bildungsqualität von der Kita bis zur Hochschule, den Ausbau Sachsens als international

führenden Wissenschafts- und Forschungsstandort, die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft, die Stärkung der inneren Sicherheit im Freistaat und die Unterstützung unserer Unternehmen und Handwerker sowie der Ausbau unserer modernen Infrastruktur für unsere Bürger.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf setzt die Staatsregierung den Koalitionsvertrag konsequent um. Als Beispiele möchte ich an dieser Stelle sieben Punkte herausgreifen: Ab September 2015 wird in vier Schritten bis zum Jahr 2018 die Verbesserung des Personalschlüssels in der Kinderbetreuung umgesetzt.

(Beifall bei der CDU und der SPD –
Zuruf von den LINKEN)

Die Kosten hierfür übernimmt vollständig der Freistaat.

(Zuruf von den LINKEN: Das stimmt ja nicht!)

Allein für den Landeszuschuss betragen die Ausgaben im Jahr 2016 über eine halbe Milliarde Euro.

(Zuruf von den LINKEN)

Im Schulbereich haben wir die unbefristete Einstellung von mindestens 6 100 Lehrern bis zum Jahr 2019 sichergestellt. Dies ist wichtig, um auf den demografischen Wandel flexibel reagieren und dem Anstieg der Schülerzahlen in den Ballungsräumen gerecht werden zu können.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE:
Das stimmt auch nicht, Herr Minister!)

– Dann schauen Sie einmal in unseren Haushaltsentwurf hinein.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der
Staatsregierung – Cornelia Falken, DIE LINKE:
Das haben wir schon getan!)

In die Schulinfrastruktur fließen Mittel aus dem Zukunftssicherungsfonds in Höhe von 40 Millionen Euro jährlich. Das sind rund 5 Millionen Euro mehr als bisher. Damit unterstützen wir insbesondere auch den Bedarf in unseren Großstädten.

Außerdem stehen für Investitionen in Kindertageseinrichtungen bis 2017 zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 28,3 Millionen Euro bereit. Des Weiteren werden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes Investitionen in Schulen und Kitas mit jährlich 20 Millionen Euro gefördert.

Meine Damen und Herren! Für die Zukunftsfähigkeit des Freistaates sind unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen von großer Bedeutung. Um Sachsen als international herausragenden Forschungsstandort weiter zu stärken, haben wir unseren Hochschulen auch im Doppelhaushalt 2015/2016 Priorität eingeräumt. Die mit den sächsischen Hochschulen geschlossene Zuschussvereinbarung bis 2016 ist im Haushaltsentwurf abgebildet. Außerdem haben wir die Grundlagen für eine langfristige Vereinbarung bis zum Jahr 2025 bereits geschaffen.

Die zentralen Baumaßnahmen im Rahmen der Exzellenzinitiative für die Technischen Universitäten Dresden und Chemnitz wurden in den Haushaltsentwurf aufgenommen. Als Beispiel möchte ich den Neubau für den Hochleistungsrechner an der TU Dresden nennen. Das ist immerhin ein Gesamtvolumen von 45 Millionen Euro, das wir dort verbauen. Nennen möchte ich auch den Neubau einer Versuchshalle an der TU Chemnitz für das Forschungsprojekt „MERGE“. Die Gesamtbaukosten belaufen sich dort auf reichlich 12,5 Millionen Euro.

Insgesamt steigen die Ausgaben für Bildung und Forschung im neuen Doppelhaushalt auf ein Rekordniveau von 5,3 bzw. 5,4 Milliarden Euro. Das ist fast ein Drittel des Haushaltes.

Der soziale Zusammenhalt ist für eine Gesellschaft, die in Frieden und Wohlstand miteinander leben möchte, unerlässlich.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Deshalb gilt es, auch mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu sichern. Die beste Sozialpolitik ist diejenige, die Arbeit schafft. Deshalb war und ist es nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsregierung, Arbeitsplätze nach Sachsen zu holen und hier zu erhalten.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Hierfür haben wir in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen, vor allem auch in finanzieller Hinsicht – und das mit sichtbarem Erfolg. Als Beispiele seien die Branchen Maschinenbau, Automobilindustrie, Chemie und Mikroelektronik genannt, die in Sachsen über die Jahre gewachsen sind und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen haben. Im Jahr 2014 hatten über zwei Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz im Freistaat Sachsen. Das ist der höchste Stand seit der Jahrtausendwende.

Meine Damen und Herren! Um die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft weiter zu steigern, werden weiterhin Anstrengungen notwendig sein; denn eine wettbewerbsfähige Wirtschaft schafft neue Arbeitsplätze, steigert den Wohlstand unserer Bürger, sichert die zukünftigen Steuereinnahmen und somit die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Förderung der Wirtschaft bildet daher auch in dem vorliegenden Haushaltsentwurf eine bedeutende Priorität. In den Jahren 2015 und 2016 setzen wir einen Schwerpunkt auf die Stärkung des sächsischen Mittelstandes, indem wir unter anderem 400 Millionen Euro pro Jahr für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist es unabdingbar, dass der Staat auch für diejenigen sorgt, die nicht am Arbeitsleben teilnehmen bzw. teilhaben können. Deshalb investieren wir auch in den Ausbau einer moder-

nen Krankenhausinfrastruktur. Mit dem Ablauf des Jahres 2014 sind die Krankenkassen nicht mehr an der Finanzierung beteiligt. Mit dem neuen Doppelhaushalt ersetzen wir nicht nur diese fehlenden Mittel – das sind 44 Millionen Euro jährlich –, sondern wir erhöhen sie sogar. Insgesamt 130 Millionen Euro im Jahr 2015 und 120 Millionen Euro im Jahr 2016 sind für die Investitionen in Krankenhäuser eingeplant.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Freiwilliges Engagement und ehrenamtliche Arbeit sind tragende Säulen unserer Gesellschaft. Der Freistaat fördert dieses bürgerschaftliche Engagement auf vielfältige Weise. Nennen möchte ich das Projekt „Wir für Sachsen“. Es unterstützt insbesondere Projekte in den Bereichen Soziales, Umwelt, Kultur und Sport. Insgesamt stehen 14 Millionen Euro jährlich zur Förderung des Ehrenamtes zur Verfügung.

Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet den Staat zur sozialen Gerechtigkeit in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Es wird ausgefüllt durch die Fürsorge für Hilfsbedürftige, die Schaffung sozialer Sicherungssysteme, die Herstellung von Chancengleichheit und eine gerechte Sozialordnung. Mit dem Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 trägt die Staatsregierung dafür Sorge, dass das Sozialstaatsprinzip für alle Teile der Bevölkerung erfüllt wird.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Alle Menschen im Freistaat sollen sicher leben können. Um die innere Sicherheit weiter zu gewährleisten und zu stärken, erhöht sich der Einstellungskorridor bei der sächsischen Polizei mit jährlich 400 Polizeianwärtern um ein Viertel. Der Freistaat muss aber auch auf neue Bedrohungen unserer Sicherheit und Formen der Kriminalität reagieren. In den nächsten zwei Jahren werden deshalb zusätzlich 100 Spezialisten insbesondere zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität eingestellt. Insgesamt liegt die Personalausstattung der sächsischen Polizei über dem Bundesdurchschnitt. Durch bessere Ausstattung und technische Ausrüstung sorgen wir zusätzlich dafür, dass unsere Polizeibeamten effektiv für die Sicherheit von uns allen sorgen können.

Die Verbesserung der Breitbandinfrastruktur ist wichtig für Sachsens Entwicklung. Die digitale Infrastruktur ist die Autobahn der Zukunft. Die Mittel für den Ausbau des Breitbandnetzes werden von 10 Millionen Euro auf jährlich 31 Millionen Euro verdreifacht. Diese Investitionen sind zugleich ein Infrastrukturprogramm insbesondere auch für den ländlichen Raum; denn ein schnelleres Breitbandnetz schafft wirtschaftliche Entwicklungspotenziale. Diese bedeuten eine große Chance für Sachsen, die es zu nutzen gilt.

Meine Damen und Herren! Die Unterstützung des ländlichen Raumes wird auch im Doppelhaushalt 2015/2016 fortgeführt.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Dabei bietet das EU-Förderprogramm LEADER weiterhin einen innovativen Ansatz. Die ländlichen Regionen erhalten ein eigenes Budget und entscheiden selbst über Fördergegenstände und Förderhöhe. In der aktuellen Förderperiode stehen aus dem Programm insgesamt knapp 430 Millionen Euro zur Verfügung. Das Programm LEADER bietet also Gestaltungsspielräume für den ländlichen Raum, um individuell und verantwortungsbewusst auf Erfordernisse reagieren zu können.

Auch die Kulturräumförderung kommt dem ländlichen Raum zugute. Die Kulturräummittel steigen im neuen Doppelhaushalt um jeweils 5 Millionen Euro auf knapp 92 Millionen Euro pro Jahr. Ab 2017 sind weitere 3 Millionen Euro jährlich mehr vorgesehen.

Die Telemedizin ist zugegebenermaßen noch ein recht neues Feld, das aber in den kommenden Jahren zusehends an Bedeutung gewinnen wird. Diesen Innovationsbereich wollen wir fördern, um modernes medizinisches Wissen im gesamten Land zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren! Die Kommunen sind die Grundlage unseres Gemeinwesens. Sie verfügen über eine gute und vor allem verlässliche finanzielle Ausstattung. Dabei bin ich mir bewusst, dass die eine oder andere Kommune in Sachsen auch vor Herausforderungen steht. Dies erfordert meines Erachtens individuelle Lösungen. Die Kommunen werden vonseiten der Staatsregierung mit ihren Herausforderungen nicht alleingelassen.

Meine Damen und Herren! Neben dem Haushaltsgesetz lege ich Ihnen heute auch den Gesetzentwurf für ein Neuntes Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vor. Die Ausführungen, die ich soeben zu den Rahmenbedingungen beim Doppelhaushalt gemacht habe, gelten auch für den kommunalen Finanzausgleich der Jahre 2015/2016. Wir haben derzeit noch eine stabile wirtschaftliche Entwicklung.

In der Summe aus Steuern und Mitteln, die die Kommunen vom Freistaat über das FAG erhalten, stehen den sächsischen Kommunen im Jahr 2015 rund 5,9 Milliarden Euro und im Jahr 2016 rund 6 Milliarden Euro zur Verfügung. Der größte Teil davon ist zur freien Verwendung unserer Kommunen bestimmt. Diese Summe stellt ein Rekordergebnis an Einnahmen seit Neugründung des Freistaates Sachsen dar. Damit versetzen uns die aktuellen Rahmenbedingungen in die Lage, die Finanz- und Investitionskraft der sächsischen Kommunen weiter zu stärken. Wir sichern damit nicht nur die kommunale Selbstverwaltung, sondern fördern auch den weiteren Aufbau des Freistaates Sachsen sowohl in den Großstädten als auch im ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren! Eines unserer Hauptziele ist es, in den weiteren Aufbau des Landes zu investieren. Dieses Ziel schlägt sich auch im Finanzausgleich in einem hohen Anteil investiver Zuweisungen nieder. So werden die investiven Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Doppelhaushalt 2013/2014 wieder deutlich angehoben. Auch die investiven Zweckzuweisungen, also die Förderung spezifischer kommunaler Belange, werden auf dem hohen Niveau vorangegangener Jahre fortgeführt. Den Kommunen werden in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt rund 852 Millionen Euro investive Schlüsselzuweisungen und Zweckzuweisungen zufließen. Das sind rund 120 Millionen Euro mehr als im Doppelhaushalt 2013/2014. Damit sind die Kommunen in der Lage, nachhaltig zu investieren und die kommunale Wirtschaft zu stärken. Sie verfügen damit außerdem über Eigenmittel, die sie ohne Förderantrag und Antragsverfahren eigenverantwortlich nach ihren Prioritäten einsetzen können.

Der gesamte Gesetzentwurf über den kommunalen Finanzausgleich basiert auf der Einigung zwischen der Staatsregierung und den Präsidenten der kommunalen Landesverbände am 3. und 4. Juni und am 11. und 13. Dezember 2014. Damit folgen wir einer bewährten Tradition der vergangenen FAG-Änderungsgesetze.

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich meinen Gesprächspartnern ganz herzlich danken. Die Verhandlungen zum Finanzausgleichsgesetz waren einmal mehr hart in der Sache; sie haben aber gleichzeitig erneut gezeigt, dass wir in Sachsen auf eine verlässliche Partnerschaft zwischen der kommunalen Ebene und der Staatsregierung bauen können.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Ich möchte daher allen Beteiligten danken, die sich im Interesse unserer Städte, Gemeinden und Landkreise für diese ausgewogene und faire Lösung engagiert haben.

Lassen Sie mich zurückkommen zum Entwurf des Doppelhaushaltes 2015/2016. Ich habe Ihnen eine Reihe von Maßnahmen aufgezählt, mit denen wir die Zukunftsfähigkeit des Freistaates stärken wollen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen bedeutete eine große finanzielle Herausforderung. Um diese Herausforderung zu stemmen, sind in den Jahren 2015 und 2016 Entnahmen aus der Haushaltsausgleichsrücklage vorgesehen, und zwar im Jahr 2015 in Höhe von 171 Millionen Euro und im Jahr 2016 in Höhe von 234 Millionen Euro.

Die Haushaltsausgleichsrücklage weist derzeit einen Stand von 982 Millionen Euro auf. Wir profitieren also in den Jahren 2015 und 2016 von der positiven Entwicklung der Vorjahre. Auch in den Jahren 2013 und 2014 waren Entnahmen aus der Haushaltsausgleichsrücklage vorgesehen, und zwar in Höhe von 111 und 188 Millionen Euro. Allerdings war die Entnahme aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Jahren nicht notwendig. Ob es auch 2015 und 2016 gelingen wird, auf

eine Entnahme verzichten zu können, ist offen. Dazu ist die Lage momentan zu unsicher. Wir sollten aber auch nicht im Guten darauf hoffen; denn auf der Grundlage von Hoffnungen darf man keine Haushaltspolitik aufbauen.

Meine Damen und Herren! Gleichwohl halte ich die vorgeschlagene Entnahme finanziell und haushaltspolitisch für akzeptabel. Aber der potenzielle Griff in den Sparstrumpf darf nicht zum Regelfall werden, sondern muss die Ausnahme darstellen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Daher muss uns klar sein: Eventuelle Steuermehreinnahmen müssen zuallererst zum Ausgleich der Rücklage genutzt werden, so wie das schon in den Vorjahren geschehen ist.

Zudem unterstütze ich die Forderung der CDU-Fraktion, dass der nächste Haushalt 2017/2018 ohne Griff in die Rücklage ausgeglichen werden muss. Das ist natürlich angesichts eines konstanten Haushaltsvolumens und steigender Personalausgaben eine große Herausforderung.

Noch eines möchte ich betonen: Die Haushaltsausgleichsrücklage muss auf möglichst hohem Niveau gehalten werden. Nur so können wir unsere Handlungsfähigkeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aufrecht erhalten und der vom Landtag beschlossenen Schuldenbremse gerecht werden.

Auch für die kommenden Jahre bleibt es dabei: Wir müssen konsequent unsere strukturellen Ausgaben auf das zurückführen, was sich Sachsen aus eigener Kraft leisten kann. Nur so werden wir unserem eigenen Anspruch gerecht, solide, generationengerecht und zukunftssicher zu haushalten.

Natürlich ist es ein großes Spannungsfeld, in dem wir uns aktuell und in den kommenden Jahren bewegen. Mit dem jetzigen Haushaltsentwurf liegt daher auch der Vorschlag vor, 400 Millionen Euro aus dem Überschuss des Jahres 2014 dem Zukunftssicherungsfonds zuzuführen. Dies schafft uns die Möglichkeit, nach 2016 weiterhin auf hohem Niveau zu investieren.

Meine Damen und Herren! Mit den Mitteln aus dem Fonds stärken wir die prioritären Investitionsbereiche und sichern weiterhin unsere Gestaltungsmöglichkeiten. Als Beispiel möchte ich nennen: die Verstetigung von Investitionen, insbesondere im Schulhausbau und im Krankenhausbau mit der Telemedizin, die Digitale Agenda und Offensive, die Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes und die Verkehrsinfrastruktur. Wir wollen in die wichtigsten Zukunftsfelder des Freistaates über den Doppelhaushalt hinaus investieren und schon heute in diesen Bereichen Planungssicherheit für die Jahre nach 2016 schaffen.

Der Freistaat Sachsen mit seinen Kommunen ist weiter auf einem guten Weg. 25 Jahre erfolgreiche Aufbauleistungen liegen hinter uns. Die Bürger in Sachsen haben mit

unternehmerischem Mut und großem Engagement dafür gesorgt, dass die Erfolgsgeschichte Sachsens fortgeschrieben wird. 25 Jahre nach der Wiedergründung kann der Freistaat auf geordnete Haushalte verweisen, die uns die Möglichkeit geben, Chancen, die sich uns bieten, auch zu nutzen. In den kommenden Jahren stehen wichtige Entscheidungen für Sachsens Zukunft bevor; ich erinnere nur an die Verhandlungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich. Deshalb war die Abschätzung der Risiken selten so schwierig wie zur jetzigen Zeit.

Der vorliegende Entwurf der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2015/2016 trägt dem Willen Rechnung, Sachsens Zukunft positiv zu gestalten und die Chancen für unser Land auch zu nutzen. Der Entwurf orientiert sich einmal mehr an den bewährten sächsischen finanzpolitischen Grundsätzen: Die Einnahmen bestimmen die Ausgaben, die Handlungsfähigkeit bleibt erhalten, die Generationengerechtigkeit wird gelebt und die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit Sachsens wird gestärkt.

Meine Damen und Herren! Diese Grundsätze haben sich nicht nur in den vergangenen Jahren bewährt, sie behalten auch weiterhin Gültigkeit. Aufgrund unserer Haushaltspolitik kann der Freistaat Prioritäten setzen und sie auch finanziell realisieren. Diese Möglichkeiten haben wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf genutzt. Ich freue mich nun auf die Verhandlungen der nächsten Wochen und auf die intensiven Diskussionen, die wir in diesem Hohen Hause führen werden.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der SPD
und der Abg. Dr. Frauke Petry, AfD)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Für die einreichende Staatsregierung sprach gerade Herr Finanzminister Prof. Unland. – Wir kommen nun zur Aussprache, und die Fraktionen werden nacheinander das Wort ergreifen. Ich nenne noch einmal die Rednerreihenfolge: DIE LINKE, CDU, SPD, AfD, GRÜNE. Für die Fraktion DIE LINKE spricht nun Herr Kollege Gebhardt.

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hochverehrter Herr Prof. Unland, ich werfe Ihnen nicht vor, dass Ihre Vorlesungen nur begrenzten Unterhaltungswert haben, auch nicht, dass Sie sich dem Format einer parlamentarischen Rede regelmäßig entziehen und den Modus der Belehrung wählen; daran habe ich mich auch gewöhnt. Das sind Stilfragen. Sie haben allerdings mit der herrschenden politischen Unkultur in Sachsen zu tun: Diskussionen einzuschläfern und Konflikte in Scheinharmonie zu versenken. Insofern sind Sie tatsächlich ein würdiger Diener eines Ministerpräsidenten, der die repräsentative Demokratie als organisiertes Ablenkungsmanöver im Interesse der Verschleierung von Problemen missversteht.

(Dr. Frauke Petry, AfD: Nein, Sie sollen
etwas lernen! – Zurufe von der CDU: Ach!)

– Jetzt sind Sie ja wenigstens aufgewacht.

(Beifall bei den LINKEN – Zuruf des Abg.
Christian Piwarz, CDU – Heiterkeit bei der CDU)

– Dann sind Sie ja aufgewacht. Da bin ich ja zufrieden.

So geloben Sie im Haushaltsentwurf schrittchenweise die Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Kitas und Krippen. Man sieht: Wahlkämpfe sind doch manchmal zu etwas nütze; denn erst unter dem Druck des Landtagswahlkampfes, der zeitgleichen Proteste und unserer Forderungen begann sich die CDU bei diesem Thema zu bewegen. Die SPD feiert das, doch bezahlen lassen wollen Sie das mindestens zur Hälfte von den Eltern – eine Frechheit; denn Sie senken trotz Mehrkosten die prozentuale Obergrenze für die Elternbeiträge nicht ab, sondern Sie erhöhen sie sogar: von 30 auf 33 %. Unterm Strich ergeben sich Mehrkosten von circa 170 Euro jährlich pro Kind für die Eltern. Viele Menschen haben sich sozialdemokratische Regierungsbeteiligung in Sachsen anders vorgestellt.

Lieber Martin Dulig, würdest du deinen Küchentisch wieder auspacken, würde dir sicher beim Thema Kita der Statistiktrick unter die Nase gehalten werden, dass künftig auch Assistenzkräfte bei der Berechnung des Betreuungsschlüssels mit angerechnet werden. – Wie schlimm! Die 18 000 Menschen, deren Unterschriften für verbesserte Kita-Rahmenbedingungen zur letzten Landtagssitzung auf Vermittlung meines Kollegen Klaus Tischendorf an Kultusministerin Kurth übergeben wurden, werden sich mit solchen kosmetischen Reparaturen nicht zufrieden geben, und wir werden uns damit auch nicht abfinden. Ich erwarte, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, dass Sie auch mit diesen Menschen den Dialog suchen und nicht nur jenen, die rassistischen Pegida-Parolen hinterherlaufen.

(Beifall bei den LINKEN –
Steve Ittershagen, CDU: Leg mal
eine andere Schallplatte auf, Kollege!)

Es wird sich also noch zeigen, was die in Stein gemeißelten Ansagen der SPD aus den Wahlkampfzeiten wert sind. Überhaupt sollte die Öffentlichkeit gleich heute mal noch darüber aufgeklärt werden, was eigentlich seit dem Eintritt der SPD im ursprünglich schwarz-gelben Haushaltsentwurf konkret zu wessen Gunsten und zu wessen Lasten geändert worden ist. Eine kleine Anfrage der Kollegin Schubert von den GRÜNEN wurde ja so ausweichend beantwortet, dass die Öffentlichkeit nur weiß, dass sie nichts weiß. Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit sehen anders aus. Unter Transparenz verstehen wir als LINKE etwas anderes.

Eigentlich habe ich ja erwartet, dass Sie, sehr geehrter Herr Prof. Unland, nach dem Ende der schwarz-gelben Koalition von Ihrem Recht Gebrauch machen, wieder an die Bergakademie Freiberg, in die Wissenschaft zurückzukehren; denn, ehrlich gesagt, verstehe ich nicht, warum Sie sich Ihren Job im Finanzministerium unter den neuen politischen Rahmenbedingungen noch antun. Sie müssen plötzlich einen um einen dreistelligen Millionenbereich

angewachsenen Haushaltsentwurf präsentieren – trotz einer aktuellen Steuerschätzung unter den bisherigen Prognosen. Das ist nicht mehr der Unland, den wir kennen. Der Unland, den wir kennen, bunkerte über Jahre hinweg am Landtag vorbei Milliarden und gebärdete sich wie ein Schatzmeister des Königs abseits jeglicher demokratischer Kontrolle.

(Beifall bei den LINKEN –
Zuruf von der CDU: Lächerlich!)

Zum „System Unland“ gehört auch, dass er über Ermächtigungen zum Geldausgeben im laufenden Geschäft verfügte, die den Handlungsspielraum des Parlaments bei Haushaltsberatungen weit in den Schatten stellen. Auch das werfe ich Ihnen, werter Herr Unland, nicht vor. Es ist selbstverständlich, dass im Wechselspiel der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, also zwischen Parlament und Regierung, die Mitglieder des Regierungskabinetts versuchen, möglichst ungestört „ihr Ding zu machen“. Genauso selbstverständlich sollte es aber auch sein, dass die gewählten Abgeordneten, ohne die die Regierung ja nicht Regierung wäre, den Regierenden regelmäßig auf die Finger schauen. Das haben wir als linke Opposition ja auch getan. Die CDU-Fraktion aber wollte das nie. Sie wollte nur Ja und Amen sagen, frei nach dem abgewandelten DDR-Motto „Die Genossen“, pardon, „Minister werden sich schon etwas dabei gedacht haben.“

(Ines Springer, CDU: Was ich selber
denk‘ und tu‘, trau‘ ich auch den anderen zu! –
Weitere Zurufe und Lachen von der CDU)

Also, Herr Unland, ich komme noch einmal zu meiner Ausgangsthese zurück, dass ich erwartet habe, dass Sie wieder an die Bergakademie zurückkehren; denn entweder haben Sie in den letzten fünf Jahren gegen Ihre Überzeugung gehandelt oder Sie wollen es in den nächsten fünf Jahren tun. Aber das müssen Sie allein mit Ihrem Gewissen ausmachen.

Das Prinzip Ihres bisherigen Handelns lautete: Es muss nur genügend Geld im Sparstrumpf sein, dann steuert Sachsen auf ein goldenes Zeitalter zu. Stattdessen haben wir monatelange Pegida-, Legida-, Hoygida- und Cegida- und andere, wie auch immer sie heißen – Umzüge verunsicherter, wütender Menschen erlebt. Das Ansehen Dresdens und Sachsens in aller Welt ist nachhaltig beschädigt – übrigens nicht dadurch, dass Menschen ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen, und auch nicht dadurch, dass wir als Opposition kritisch über Ihre Politik reden, sondern dadurch, dass der Eindruck entsteht: Man ist als Flüchtling oder Einwanderer in Sachsen nicht willkommen.

(Dr. Frauke Petry, AfD: Sagen Sie
etwas zum Haushalt, Herr Gebhardt!)

Dieses Problem lösen Sie nicht mit ein paar Dutzend Millionen Euro für eine Imagekampagne „So geht sächsisch“; denn zurzeit sehen viele Menschen im Freistaat und außerhalb unseres Landes vor allem, wie sächsisch

nicht geht. Bisher war ja die Imagekampagne „So geht sächsisch“ überflüssig. Mittlerweile ist dieses Heile-Welt-Spiel Sachsens der Lächerlichkeit preisgegeben. Ich kann Ihnen nur raten: Hören Sie mit diesem Quatsch auf – am besten heute noch!

Das, was Sachsen dringend braucht, ist eine Politik, die Sachsen und den hier lebenden Menschen, egal welcher Herkunft und egal welcher Religion, wirklich gerecht wird. Das materielle Fundament dieser Politik muss der Doppelhaushaltsentwurf des Landes sein. Davon sind Sie aber mit diesem Doppelhaushaltsentwurf meilenweit entfernt.

Wenn Sie für 2015 gerade einmal 4 Millionen Euro für die soziale Betreuung von Asylsuchenden in ganz Sachsen bereitstellen, während die Stadt Leipzig dafür in diesem Jahr 2,4 Millionen Euro veranschlagt, erkennt man schon daran: Sie rechnen sich die Welt in Ihrem Elfenbeinturm schön. Das macht die Menschen wütend, und das zu Recht.

Sie stimmen hier Jubelgesänge auf die Kommunalfinanzen an und unterschlagen, dass die Aufgaben der Kommunen längst auf Rekordniveau liegen und die Einnahmen dem hinterherhinken. Folgen sind die schrittweise fortschreitenden Streichungen sogenannter freiwilliger Aufgaben, die aber gerade den Kern der verfassungsrechtlich geschützten kommunalen Selbstverwaltung darstellen. Es tut der Demokratie nicht gut, wenn die Menschen für ihr Ehrenamt bestenfalls einmal einen Feiertagshändedruck bekommen, aber ihrem Verein oder ihrer Initiative im Alltag die Unterstützung zusammengestrichen wird.

Gleichzeitig häuft Herr Unland Jahr für Jahr Überschüsse von Hunderten Millionen Euro an. Wir wollen eine angemessene Beteiligung der Kommunen an den angesammelten Rücklagen des Freistaates.

(Beifall bei den LINKEN)

Deswegen fordern wir eine echte jährliche kommunale Investitionspauschale von 100 Millionen Euro, damit die Kreise, Städte und Gemeinden die immer marodere kommunale Infrastruktur wieder in Ordnung bringen können. Die Investitionsquote der sächsischen Kommunen erreicht einen historischen Tiefstand von nur noch 11,2 %. Darauf hat der Sächsische Rechnungshof in seinem letzten Jahresbericht hingewiesen.

Wenn Sie schon nicht auf unsere Vorschläge eingehen und hören wollen, dann hören Sie doch bitte wenigstens auf die berechtigten Forderungen der kommunalen Spitzenverbände.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion spricht mit Blick auf die Haushaltspolitik plötzlich von einem möglichen Veto des Landtags. Mir scheint

irgendwie, als haben die christdemokratischen Abgeordneten ein Vierteljahrhundert nicht mitbekommen, dass wir – also der Landtag – der Gesetzgeber sind. Die Regierung hat es ja jetzt der CDU-Fraktion leicht gemacht, ist ihr

entgegengekommen und hat auf den Haushaltsentwurf ausdrücklich geschrieben: Regierungsentwurf. Wenn die CDU-Fraktion in ihrem Eckwertebeschluss zum Doppelhaushalt die Staatsregierung auffordert, „spätestens mit dem Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 wieder einen strukturell ausgeglichen Haushaltsentwurf vorzulegen, gegebenenfalls notwendige Strukturanpassungen sind im Doppelhaushalt 2017/2018 vorzunehmen“, heißt das ja wohl, dass uns nach Meinung der stärksten Fraktion hier von der Staatsregierung etwas strukturell Unausgeglichenes vorgelegt worden ist. Wir werden ja gleich von der CDU-Fraktion hören, was denn im jetzigen Regierungsentwurf strukturell unausgeglichene ist.

Wir sehen vor allem Unausgewogenes in dem Haushaltsentwurf – besonders beim Schlüsselthema Bildung. Entgegen der Ankündigung im Koalitionsvertrag, insgesamt 1 000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, werden langfristig nur die Lehrkräfte ersetzt, die in den Ruhestand gehen. Trotz steigender Schülerzahlen steigt die Mittelausstattung für die Bezuschussung von Ganztagsangeboten nicht. Das Verfassungsgerichtsurteil zu Schulen in freier Trägerschaft wird nicht voll umgesetzt, sodass die freien Schulen sich weiterhin genötigt fühlen, Schulgeld von den Eltern zu erheben. Vielleicht sollten Sie von der CDU-Fraktion endlich mal zugeben, dass ein Gutteil der Gründungen freier Schulen in den letzten Jahren nicht vorrangig aus dem Wunsch nach konfessionellen Eigenheiten und pädagogischen Besonderheiten erwachsen ist, sondern als zivilgesellschaftliche Ersatzvornahme, nachdem das Kultusministerium das öffentliche Bedürfnis an Schulen ignorierte, das gleichwohl bestand. Deshalb ist es an der Zeit, freie Schulen in der Schulnetzplanung zu berücksichtigen.

Bei den Hochschulen setzen Sie immer weniger auf Grundmittel und immer mehr auf Drittmittel. Vereinfacht heißt das: Der Staat zieht sich zurück – soll doch die Industrie die Forschung bezahlen. Die Gesellschaft braucht aber auch wissenschaftliche Erkenntnisse, deren Gewinnung sich erst einmal marktwirtschaftlich gar nicht rechnet.

Lieber Martin Dulig, ich erwarte von dir, dass deine Zusage eine Woche vor der Landtagswahl gilt. „Die Rücknahme der Stellenkürzungen und eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen haben Priorität. Die frei werdenden BAföG-Mittel müssen den Hochschulen zugute kommen“, wurdest du damals als SPD-Spitzenkandidat zitiert.

Tatsächlich wird die Grundausrüstung der Hochschulen im aktuellen Haushaltsentwurf weiter abgesenkt. „Ein Mann, ein Wort“ sieht anders aus. Werte Koalitionäre, es tut mir leid, Ihre Bildungspolitik muss nachsitzen.

Bei der Musikschulförderung kommt es zu einer faktischen Kürzung. Zwar erhalten die Musikschulen gegenüber 2014 225 000 Euro mehr, durch die Übertragung des Programmes „Jedem Kind ein Instrument“; auf die

Musikschulen reduzieren sich die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel aber um 200 000 Euro. Das ist ein typisches Beispiel Ihrer Trickserie.

Hinzu kommt handwerkliches Unvermögen. Unsere Haushaltsexperten wundern sich über falsche Deckungsvermerke und falsche Jahreszahlen. Sperrvermerke ohne Begründung, einzelne Titel und ganze Titelgruppen wurden einfach ausgeschnitten und umgesetzt, ohne jeglichen Hinweis, wohin sie verschoben worden sind. Wenn Sie glauben, dass Sie so die linke Opposition in die Orientierungslosigkeit führen und außer Gefecht setzen können, dann muss ich Sie enttäuschen.

(Zuruf des Staatsministers Martin Dulig)

Wir aus der Opposition produzieren seit 15 Jahren alternative Haushaltsgesetze und daher sind wir resistent gegen haushaltstechnische Verwirrmanöver jeder Staatsregierung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den LINKEN –
Steve Ittershagen, CDU: Ha, ha, ha!)

Die Sportstättenförderung wird halbiert, und das, obwohl der Investitionsstau im Sportstättenbereich laut Landessportbund immer noch im dreistelligen Millionenbereich liegt. Wissen Sie eigentlich, wie viele Menschen jede Woche in Sachsens Sportvereinen gemeinsam etwas für die Gesundheit und für die Gesellschaft zusammen tun? Die Anzahl der Pegida-Demonstrierenden ist nichts dagegen. Vielleicht fangen Sie mal an, hier Verständnis für Sorgen und Nöte zu entwickeln.

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, was Sie geschafft haben, ist allgemeine Verunsicherung. Sozialer Unfrieden herrscht im Freistaat. Ich will Ihnen das an einem aktuellen Beispiel vor Augen führen.

Seit Jahresbeginn erleben wir ja eine erregte Debatte über die Realisierung des Mindestlohnes, die wir in der letzten Landtagsdebatte mit unserem Antrag zum Mindestlohn-Monitoring versachlichen wollten. Mehr als 300 000 Menschen in Sachsen haben bislang für ihre Arbeit so wenig Geld bekommen, dass sie nun gesetzlichen Mindestlohn erhalten. Wir wissen auch: Mit 8,50 Euro Stundenlohn entkommt allenfalls ein Alleinstehender im günstigsten Fall dem Zwang, nach der Arbeit noch zum Amt gehen zu müssen, um sich den Lohn mit Steuergeldern auf das Existenzminimum aufstocken zu lassen. Er entkommt aber nicht der Altersarmut.

Ich unterstelle ja gar nicht allen Unternehmern, die bisher wenig bezahlt haben, ausbeuterisches Gehabe. Viele sahen sich ja auch durch einen ruinösen Wettbewerb zu solchen menschenunwürdigen Löhnen gezwungen. Wer aber stolz darauf ist, seit 25 Jahren die Rahmenbedingungen Sachsens maßgeblich zu gestalten wie die CDU, dem sage ich: Meine Damen und Herren von der CDU, bevor Sie jetzt weiterhin am Mindestlohngesetz herumäkeln, gehen Sie endlich mal in sich, kehren Sie um und tun Sie Buße; denn Sie tragen Verantwortung dafür, dass Hunderttausende Menschen in Sachsen arm trotz Arbeit sind.

(Beifall bei den LINKEN –
Steve Ittershagen, CDU: Ja, ja!)

Zum Rahmen für ein gedeihliches Leben gehört auch Europa. Mit ein paar Verbindungsbüros außerhalb der Landesgrenzen und etwas Lobbyspiel ist dafür nicht viel getan. Im Rahmen der Subsidiarität ist uns die Chance zur Mitwirkung gegeben. Wir erwarten ganz aktuell und konkret, dass Sachsen wie Brandenburg im Bundesrat darauf drängt, die Makrofinanzhilfe der Europäischen Union für die Ukraine klar unter die Bedingung zu stellen: Keinen Cent für den Krieg in der Ostukraine!

(Beifall bei den LINKEN)

Führen Sie also nicht nur einen Dialog mit den Menschen, sondern ändern Sie Ihre Politik! Das kann ich Ihnen in diesem Zusammenhang nur ins Stammbuch schreiben.

Da ich ja hier in Sachsen die Schwesterpartei von Herrn Tsipras vertrete,

(Gelächter bei der CDU – Heiterkeit
des Abg. Dr. Stefan Dreher, AfD)

– ich wusste, dass das kommt –, den neuen griechischen Regierungschef – Sie wissen das –, will ich Ihnen die Freude machen, mich zum Thema Geld und Griechenland zu äußern. Der Finanzminister hat es ja vorgemacht.

(Christian Piwarz, CDU: Schuster, bleib bei
deinen Leisten! – Weitere Zurufe von der CDU)

Es geht in Athen wie in Dresden um dieselbe Frage: Lassen wir die Folgekosten der Finanzkrise von Angestellten, Beamten und Rentnern bezahlen, die diese Krise nicht verschuldet haben, oder von denen, deren Besitztümer in diversen Jachthäfen von großem privatem Profit zeugen?

Wir LINKEN halten die diversen Millionärsschonprogramme verschiedener CDU- und SPD-Bundesregierungen für verfehlt, und wir werden auch beim Landeshaushalt darauf achten, ob er dem sozialen Ausgleich dient. Die Verpflichtung zum sozialen Ausgleich hat ja nun – dank der LINKEN – sogar einen Platz in der Verfassung. Diesen Maßstab hat das Land auch bitter nötig. Knapp 42 % der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten arbeiten in Sachsen laut der aktuellen Geldstatistik der Bundesagentur für Arbeit zu einem Niedriglohn und damit doppelt so viele wie bundesweit.

Überdurchschnittlich sind auch die Zahlen der Langzeitarbeitslosen, der älteren Erwerbslosen, der Hartz-IV-Aufstocker/innen unter den Beschäftigten, der Leiharbeiter/innen und der Menschen mit Hartz-IV-Dauerbezug. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Sachsen hat nur zu einem geringen Teil etwas damit zu tun, dass Arbeitslose einen Arbeitsplatz bekommen haben, sondern schlicht mit

der demografischen Entwicklung. Viele Ältere gehen von der Arbeitslosen- in die Rentnerstatistik über, weniger Jüngere rücken in das Arbeitsleben nach. Besonders schmerzhaft: Die Zahl der vergleichsweise gut bezahlten

Arbeitsplätze mit betrieblicher Mitbestimmung im produzierenden Gewerbe hat sich seit 1991 von 921 000 auf jetzt 473 000 halbiert.

Was neu entsteht, ist überwiegend prekäre Beschäftigung – Stichworte dazu: Minijobs, Teilzeit, niedrige Löhne. Industriepolitik – in Sachsen Fehlanzeige. Stattdessen betteln Sie in Schweden um den Erhalt von Braunkohlenarbeitsplätzen, ohne selbst etwas für deren Zukunft und einen Strukturwandel hier zu langfristigen Nachfolgeindustrien zu tun.

(Andreas Nowak, CDU: Ihre Genossen in Brandenburg sehen es anders!)

Sehr geehrter Herr Tillich! Lieber Martin Dulig! So geht es nicht. Prüfen Sie lieber einmal im Rahmen der Verkaufsverhandlungen von Vattenfall die Option, eine Minderheitenbeteiligung des Landes an der Braunkohleindustrie zu erwerben, um steuern und am Strukturwandel mitwirken zu können. Sonst wird die Allgemeinheit am Ende mal wieder auf den immensen ökologischen und sozialen Folgekosten sitzenbleiben, nachdem andere Milliardenumsätze gemacht haben. So einen Unfug wollen nicht nur die Griechen nicht mehr mit sich machen lassen, sondern auch die Sachsen nicht.

(Zuruf der Abg. Ines Springer, CDU)

Geld ist genug verbrannt worden, wie wir schon bei der Landesbank sehen. Pro Jahr rund 100 Millionen Euro kostet die Menschen in Sachsen der sogenannte Garantiefonds, mit dem alle Einwohnerinnen und Einwohner dafür zahlen, dass die CDU-geführte Staatsregierung aus einem landeseigenen Geldinstitut ein Spielkasino auf Staatskosten gemacht hat. Das sind Dauerschäden in Höhe von jährlichen Finanzierungen aller Kulturräume des Freistaates. Die Musikerinnen und Schauspieler, die mit Haustarifverträgen Gehaltsverzicht üben, um die Kulturinstitution in der Region zu retten, würden sich über so viel Großzügigkeit freuen.

Aber – das freut den Prof. Unland sicherlich – diese Staatsregierung kann auch knausrig sein. Bei der Jugendpauschale wird die Kürzung aus dem Jahre 2010 von 14,30 Euro auf 10,40 Euro nicht zurückgenommen. Man bleibt bei 12,40 Euro pro Kind hängen. Das ist umso unverständlicher, als es zu den Einnahmeausfällen des Staates – die damals als Rechtfertigung für die Sozialkürzungen mit dem Rasenmäher quer durch den Etat herhalten mussten – in Wirklichkeit nie gekommen ist. Die einzige dauerhafte Wirklichkeit sind grundlose Sozialkürzungen.

Dazu passt, dass Sie selbst bei der Krankenhausfinanzierung im ersten Haushaltsjahr 10 Millionen Euro und im zweiten Haushaltjahr 20 Millionen Euro unter dem vom Sozialministerium selbst errechneten Finanzierungsbedarf von 140 Millionen Euro bleiben – gesund ist das nicht.

(Beifall bei den LINKEN)

Der Etatentwurf der Regierung wird bisher weder den Anforderungen durch die UN-Behindertenrechtskonven-

tion noch dem Ziel Barrierefreiheit gerecht. Mit Ihren drei Milliönchen, die zum großen Teil bereits durch ein laufendes Investitionsprogramm gebunden sind, bringen Sie nicht einmal den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein des enormen Nachholbedarfs bei der Schaffung barrierefreier öffentlicher Gebäude.

Natürlich freuen wir uns, dass es wieder eine Gleichstellungsministerin gibt. Aber wenn beispielsweise die 2013/2014 eingestellte Förderung der Existenzgründungen und Unternehmenssicherung von Frauen im ländlichen Raum nicht wieder eingeführt werden soll, werden Reserven deutlich. Die neue Ministerin muss künftig mehr Ellenbogen am Kabinetttisch zeigen als bei den Haushaltsverhandlungen 2015/2016 – unsere Unterstützung ist ihr dabei gewiss.

Auch wir LINKE wissen, dass Sicherheit nicht nur eine soziale Frage ist; wir brauchen auch Polizei und Justiz. Sachsen hat ja gerade bei dem Ranking der Verfahrensdauer von Verwaltungsgerichten unrühmlich abgeschnitten. Es ist schon sehr zweifelhaft, ob die vorgesehenen zwei zusätzlichen Richterstellen bei den Verwaltungsgerichten in den kommenden Jahren ausreichen werden, um der Verfahrensflut Herr zu werden.

Noch trauriger sieht es bei den Polizeistellen aus. Bis zu 650 Beamte werden pro Jahr bis zum Jahre 2025 aus dem Dienst ausscheiden. 400 Nachwuchskräfte wollen Sie pro Jahr einstellen – wovon nach aller Erfahrung langfristig maximal 300 bleiben. So schrumpft Sachsens Polizei vor sich hin, obwohl längst erwiesen ist: Mit jedem aufgegebenen Polizeistandort in der Fläche steigt die Anzahl der Bürgerwehren, wie wir erst heute wieder in der Zeitung lesen konnten.

Was wir brauchen, ist eine Aufwertung des Polizeiberufes durch verbesserte Besoldung, bessere Ausrüstung und bessere Arbeitsbedingungen. Nur so bleibt die Nachwuchsgewinnung für die Polizei konkurrenzfähig und die öffentliche Sicherheit dauerhaft gewährleistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Regierungsentwurf der neuen Koalition ist nicht viel mehr als die Reparatur der immensen Bauschäden, die die Vorgängerkoalition hinterlassen hat. Zusammengefasst: Wo sehen wir die größten Baustellen? – Im Bereich des Sozialstaates, bei der Kinder- und Jugendhilfe, bei der Schaffung von Barrierefreiheit, bei der Gleichstellung und in der Krankenhausfinanzierung. Im Bereich Bildung sind es die Lernmittelfreiheit, die Schulsozialarbeit, die ausufernde Drittmittelfinanzierung an den Hochschulen; die Baustelle freie Schule ist ungesichert.

Über die Baustelle Kommunalfinanzen habe ich bereits gesprochen.

Bei der Baustelle Justiz und Polizei haben Sie mit dem Haushaltsansatz maximal verhindert, dass die von der CDU geschaffene Grube größer wird – Sie haben aber nichts getan, dass das Loch, das Sie selbst geschaffen haben, zugeschüttet wird.

Die Baustellen Umwelt, Landwirtschaft, ländlicher Raum, Bodenpreise waren in Sachsen schon immer eine Randbebauung – egal, welcher CDU-Minister dem Ministerium aktuell gerade vorsteht.

Dass es eine Baustelle Zivilgesellschaft gibt, haben Sie noch nicht einmal zur Kenntnis genommen. In einem Zeitungskommentar war dieser Tage zu lesen: „Das Volk sind nicht nur die, die am lautesten schreien.“

Der Landtag muss den Regierungsentwurf so verändern, dass der Landeshaushalt der schweigenden Mehrheit der Menschen guten Willens den Rücken stärkt. Der Landtag muss den Regierungsentwurf so verändern, dass das öffentliche Kapital nicht in einem Sparstrumpf verbleibt, sondern unter anderem in den Bau des Fundamentes attraktiver Rahmenbedingungen für kluge Köpfe fließt.

Der Landtag muss den Regierungsentwurf so verändern, dass der Landeshaushalt den Beherzten und Engagierten, die keine Vorurteile, sondern Mitmenschlichkeit pflegen, eine Stütze im Alltag ist.

Wir LINKE werden mit unseren Änderungsanträgen zu diesem Doppelhaushalt zeigen, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld Weichenstellungen vornehmen können, die eine solidarische Gesellschaft fördern, zu der alle gehören, die hier in Sachsen leben wollen.

Glück auf!

(Starker Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Kollege Gebhardt sprach für die Fraktion DIE LINKE. – Jetzt ergreift Kollege Michel das Wort; er spricht für die CDU-Fraktion.

Jens Michel, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es scheint aller zwei Jahre fast dasselbe Ritual im Sächsischen Landtag zu sein: Die Regierung ist stolz, dem Landtag einen Haushaltsplanentwurf vorlegen zu können. Die Koalition wird ihn loben, die Opposition nörgelt und für Lobbyisten ist der Landtag temporär eine gute Adresse und wichtig – und ordentliche Financer warnen natürlich vor ungedeckten Schecks.

(Heiterkeit des Abg.
Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU)

Es lohnt sich aber, dieses Jahr einmal besonders genau hinzusehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regierung kann an dieser Stelle zu Recht stolz sein, denn Finanzfragen sind eigentlich die häufigsten Streitfragen in Koalitionsregierungen. Doch: Schnell und geräuschlos wurde der Haushaltsplan vom neuen CDU/SPD-Kabinett beschlossen. Deshalb meinen Glückwunsch an Stanislaw Tillich und sein Kabinett, den Haushaltsplan in extrem kurzer Zeit nach der Unterschrift unter den Koalitionsvertrag hier einzubringen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ebenso möchte ich den Dank der CDU-Fraktion an die mit der Haushaltsaufstellung befassten Mitarbeiter der Regierung für ihre Arbeit übermitteln – ganz besonders natürlich Herrn Finanzminister Prof. Unland mit seiner Mannschaft.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Nun hat der Sächsische Landtag als Haushaltsgesetzgeber sein Königsrecht wahrzunehmen. Da lohnt es sich, einmal selbstkritisch etwas näher hinzusehen. Naturgemäß teilen wir Abgeordneten uns in Regierungskoalition und Opposition.

Die Abgeordneten der AfD als Parlamentsneulinge möchte ich in diesem Moment von meinen Ausführungen ausdrücklich ausnehmen. Sie sind neu, quasi unter Beobachtung gesetzt.

(Heiterkeit bei der CDU und den
LINKEN – Lachen bei der AfD)

Aber ich bin mir ganz sicher: Es wird ritualhaft weitergehen. Die LINKEN und die GRÜNEN werden versuchen, alles mieszureden.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Sie
können nur nicht mit Kritik umgehen!)

Es sollte mich wundern, wenn der Wettlauf „schneller – höher – weiter“ nicht beginnen würde. Er hat schon angefangen. Kollege Gebhardt hat schon mehr Polizei gefordert. Ich habe mich schon gewundert und frage mich, ob das mit den Genossen in Leipzig-Connewitz rückgekoppelt ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der AfD)

Meine Damen und Herren von den LINKEN, ich behaupte: Sie werden der Versuchung erliegen und auf Krampf das Haar in der Suppe suchen. Selbst wenn da keines ist, werden Sie so lange mit dem Kopf schütteln, bis ein eigenes Haar in die Suppe fällt.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU
und vereinzelt bei der SPD)

Kollege Gebhardt mit seinem etwas schütterten Haar hat es nun besonders schwer; deshalb muss er hier am Pult besonders kräftig schütteln, damit ein paar Haare in die Suppe fallen.

Aber, meine Damen und Herren, auch die Regierungsfractionen haben mit dem ersten Doppelhaushalt ein besonderes Verfahren zu bewältigen. Insoweit mache ich mir keine Illusionen. Es wird wahrscheinlich nicht in jedem Fall der geradlinige Weg zum Haushaltsbeschluss genommen, sondern wir werden ab und an über den gemeinsamen Weg diskutieren. Doch ehrlicherweise müssen wir als Regierungsfractionen zugestehen, dass der

heute eingebrachte Regierungsentwurf in großen Teilen der Entwurf der Fraktionäre ist; denn an den Koalitionsverhandlungen waren knapp 40 Abgeordnete beteiligt. Es ist festzustellen, dass der Haushaltsplanentwurf in großen

Teilen den Koalitionsvertrag umsetzt. Sicherlich wird der Haushaltsplan nicht in allen Punkten vom Parlament so verabschiedet werden, wie er von der Regierung vorgeschlagen wurde. Doch die Erwartungen an große Veränderungen sollten überdacht werden. Wie gesagt, die Koalitionsfraktionen waren im Vorfeld sehr eingebunden.

Die Herausforderung bei diesem Verfahren zum Doppelhaushalt liegt aus meiner Sicht nicht primär im Kampf um die Höhe des einen oder anderen Ausgabetitels, sondern im Beginn der Debatte über die strategische finanzpolitische Ausrichtung für die kommenden Jahre. Besonders über die Zeit nach dem neuen Länderfinanzausgleich und nach dem Wegfall des Solidarpaktes sollten wir diskutieren.

Staatsminister Prof. Unland hat den Doppelhaushalt im Detail vorgestellt. Ich möchte in der ersten Debattenrunde einige strategische Fragen ansprechen. Ich würde mich freuen, wenn wir im Laufe der Verhandlungen hier im Landtag zu gemeinsamen, differenzierenden – wirklich differenzierenden – Debatten über die Frage kämen: Wie wollen wir die Zukunft gestalten?

Aber am Anfang der Debatte muss eine Bestandsanalyse stehen. Noch nie ging es den Menschen insgesamt auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen so gut wie heute.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das haben sie sich mit der friedlichen Revolution erkämpft, und das haben sie sich später mit einer unglaublichen gesellschaftlichen Aufbauleistung erarbeitet. Gleichzeitig hatten wir alle das große Glück, viel innerdeutsche Solidarität erfahren zu dürfen. Und wir haben das Glück, in einem wirtschaftlich starken Vaterland Deutschland zu leben. Aber auch die sächsische Politik hat mit klugen Richtungsentscheidungen ihren Anteil daran. Das ist ganz klar. Damit brauchen wir uns nicht zu verstecken, auch nicht vor den Augen der Geberländer.

Zum Jahresende 2014 verfügt der Freistaat Sachsen über eine Haushaltsausgleichsrücklage in Höhe von 982 Millionen Euro. Wir haben einen Generationenfonds auf den Weg gebracht, den wir regelmäßig befüllen. Wir sind Triple-A-geratet. Wir können uns von der Arbeitsplatzdichte her mit den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Niedersachsen vergleichen. Bei der Industriedichte haben wir große Fortschritte gemacht. Es gibt keinen Bildungswettbewerb, in dem Sachsen nicht vorn mit dabei ist. Das alles bedeutet aber nicht, dass wir am Ende aller Wünsche sind. Nein, es sind Erfolge, die sich sehen lassen können, aber wir müssen weiter hart arbeiten.

Der zu beratende Doppelhaushalt hat ein Volumen von reichlich 34 Milliarden Euro. Die Bildungsausgabenquote liegt bei 31,4 % im Jahr 2016. Die Kommunalfinanzierungsquote erreicht 32,7 % im Jahr 2016. Das sind Werte, von denen andere Bundesländer nur träumen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Der Freistaat Sachsen als Land, in dem seine Einwohner mit hoher Bildung, guten Berufs- und Verdienstchancen und moderner Infrastruktur sicher und gleichberechtigt leben und die reiche Kultur des Landes genießen können – das ist ein Ziel, welches wohl die meisten von uns Abgeordneten hier im Hohen Haus unterschreiben würden. Diesem Ziel folgt der vorgelegte Haushaltsplanentwurf. Allein die zehn prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages sollen noch einmal beispielhaft genannt werden: ein Bekenntnis zu Kindertagesstätten und Lehrerstellen, zu Hochschulen und Studentenwerken, ebenso zur Polizei, zum Breitbandausbau und zur Ansiedlung eines Software-Forschungsinstituts. Genauso wichtig: ein Fusionsfonds für die Wirtschaft gleichermaßen wie mehr Mittel für die Kulturräume. Genauso sind die Investitionen in die Verkehrs- und Krankenhausinfrastruktur zu nennen.

An dieser Stelle möchte ich ganz klar sagen, dass diese Koalition sich nicht in Geldzurückhalter und Geldfreigeber unterteilt. Der Entwurf hat seine Grundlage in einem Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD. Er ist das gemeinsame Ergebnis der gemeinsamen Regierung. Am Ende des Prozesses werden wir das gemeinsame Ergebnis der Fraktionen beschließen. Da hat jede Fraktion ihre roten Linien. Aber nichts passiert, was ein Partner nicht will. Am Ende wird es ein gemeinsamer Haushalt von CDU und SPD sein.

Die vor uns liegenden strategischen Aufgaben sind so groß, dass keine Zeit ist, dass es sich ein Koalitionspartner im warmen, kuscheligen Kindersitz bequem machen kann. Nein, SPD und CDU werden gemeinsam auf dem harten Holzhocker an der Bohrmaschine sitzen und die dicken Bretter dieser Politik bohren.

(Beifall bei der CDU und der SPD –
Lachen bei den LINKEN – Sebastian Scheel,
DIE LINKE: Habt euch doch mal lieb!)

Ein solches dickes Brett ist in den nächsten Monaten abzuklären – auch über die Haushaltsverhandlungen hinaus –, insbesondere, wie wir die unterschiedlichen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Freistaat angehen und wie wir die großen Städte und die ländlichen Räume weiterentwickeln wollen. Dabei sind Internet- und Handyempfang nur ein kleines Beispiel.

Deshalb ist ein gutes Signal zur Lösung dieser anstehenden Aufgabe die Aufstockung des Zukunftssicherungsfonds. Damit sichern wir Gelder für die Zukunftsthemen Digitalisierung, Schulhausbau, medizinische und verkehrliche Infrastruktur sowie Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Sachsen. Damit wird ein Instrument aus der vergangenen Legislatur fortgesetzt, aber um mindestens 400 Millionen Euro aufgestockt. Das nenne ich ein gutes Beispiel für pragmatische Lösungsansätze

der neuen Koalition. Ich bedanke mich bei den Beteiligten ausdrücklich für die Fortführung des Zukunftssicherungsfonds. Die Regierung wird natürlich Verständnis haben, wenn wir den Gesetzentwurf zum Zukunftssicherungs-

fonds noch etwas nachbessern und den Fonds etwas mehr an den Landtag anbinden.

Für uns Christdemokraten ist eine generationengerechte Finanzpolitik wichtig. Das A und O einer soliden Finanzpolitik aber sind Kontinuität und Stabilität.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Dazu gehört – nach Möglichkeit – der Ausschluss von haushalterischen Bewirtschaftungsmaßnahmen. Dabei ist dieser Doppelhaushalt 2015/2016 etwas Besonderes: Er ist der erste nach der Verfassungsänderung.

Wenn wir nach Südeuropa schauen, dann können wir die Folgen kurzsichtiger Partypolitik sehen. Dabei wird die Jugend um die Zukunft gebracht und die Bevölkerung mit unendlicher Alltagssorge belastet. Griechenland und Spanien sind nur zwei Beispiele dafür. Nach der finanzpolitischen Party kommt der soziale Kater mit wirtschaftlichem Zusammenbruch, Entlassungen, Pensionskürzungen usw. Partymachen ohne an das Morgen zu denken – das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich wäre der Bundesregierung sowie der EU-Kommission dankbar, wenn dies auch gegenüber Griechenland durchgesetzt würde.

(Beifall bei der CDU, der AfD und
des Abg. Volkmar Winkler, SPD)

Deshalb sollten wir uns aber nicht von der gegenwärtigen Einnahmesituation blenden lassen. Wenn innerhalb des allgemeinen Hochgefühls eines reichlichen 34-Milliarden-Euro-Haushaltsvolumens Finanzpolitiker darauf hinweisen, dass das Gebilde „Haushalt“ noch auf sehr wackligen Füßen steht, dann will der eine oder andere das nicht mehr hören.

(Zuruf von den LINKEN: Ja, ja!)

Da müssen wir Finanzpolitiker uns selbstkritisch fragen, ob wir nicht noch mehr vermitteln bzw. erklären müssen. Denn für den einen oder anderen ist Umsatz immer noch gleich Gewinn. Das ist falsch. Wir müssen erklären, wie das Finanzvolumen nach dem neuen Länderfinanzausgleich aussieht. Wir müssen erklären, was am Ende des Auslaufens des Solidarpakts passiert. Das ist unsere Aufgabe in diesen anstehenden Haushaltsverfahren.

Fakt ist: Die vom Sächsischen Landtag verabschiedete Verankerung des Neuverschuldungsverbots funktioniert nur mit einer Haushaltsausgleichsrücklage. Jeder konjunkturbedingte Steuereinbruch bis 1,2 Milliarden Euro muss aus dem laufenden Haushalt ausgeglichen werden. Deshalb ist die Haushaltsausgleichsrücklage wichtiger denn je. In diese wird – in der Hoffnung auf Steuermehreinnahmen – mit diesem Doppelhaushalt eingegriffen.

In ihrem Eckwertebeschluss hat die CDU-Fraktion eine Wiederholung dessen für den nächsten Doppelhaushalt ausgeschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso müssen wir mit Bedauern feststellen, dass die Investitionsquote für sächsische Verhältnisse absinkt. Andere Länder wären unbestritten glücklich über eine Investitionsquote in Höhe von 16,5 % im Jahr 2016. Aber wir sollten genau hinsehen, wenn die Investitionsquote sinkt und die Personalquote steigt. Für diesen Doppelhaushalt werden wir es hoffentlich mit Steuereinnahmen ausgleichen können. Aber für die Zukunft ist Vorsicht geboten.

Fazit: Wir stehen vor vielen strategischen Zukunftsaufgaben. Der ab heute zu behandelnde Entwurf der Regierung enthält viele gute Botschaften für Sachsen und ist ein guter Anlass, die Themen der Zukunft vertieft zu diskutieren. Lassen Sie uns das gemeinsam in den anstehenden Haushaltsberatungen tun.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Anschließend an Kollegen Michel, CDU-Fraktion, spricht jetzt Herr Kollege Pecher für die SPD-Fraktion. – Pardon! Entschuldigung, Kollege Panter. Das war ein Versprecher.

Dirk Panter, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Kein Problem, Panter ist mein Name. Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den LINKEN)

Die schwarz-rote Staatsregierung hat ihren ersten Haushaltsentwurf vorgelegt. Jetzt wird es für uns alle konkret. Für uns als CDU und SPD geht es jetzt darum, dass wir liefern. Wir haben Wahlprogramme geschrieben, haben im Landtagswahlkampf gekämpft, haben Koalitionsverhandlungen geführt, und wir haben dort Versprechen abgegeben, die wir jetzt einlösen müssen.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei allen, die an den Koalitionsverhandlungen beteiligt waren, ganz herzlich bedanken; denn wir haben zwar in der Sache hart, aber fair im Ton und in einer großen Gemeinsamkeit diskutiert und, wie ich finde, einen sehr guten Koalitionsvertrag vorgelegt. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Die SPD ist jetzt gemeinsam mit der CDU angetreten, damit es den Menschen in diesem Land am Ende der Legislatur besser als am Anfang geht. Ich bin davon überzeugt, dass wir das gemeinsam hinbekommen werden, weil wir gemeinsam den Anspruch haben, dass Sachsen wieder an die Spitze geführt wird; denn wir sind der Meinung, dass wir genau dort hingehören.

Seit 1990 ist da sicherlich sehr viel gute Aufbauarbeit – auch richtige Aufbauarbeit – geleistet worden. Es hat sich aber auch einiges geändert; darauf will ich im Laufe meiner Rede noch eingehen. Deshalb müssen wir uns – davon bin ich überzeugt – als Land, als Freistaat fit

machen. Deshalb ist dieser Haushalt auch in gewisser Art und Weise nach 25 Jahren Aufbauarbeit ein Neuanfang.

Jetzt ist es aber so, dass es nicht nur für uns als Koalition, sondern auch für die Oppositionsfractionen ernst wird. Auch Sie, liebe Kollegen von den LINKEN, von der AfD und von den GRÜNEN, müssen jetzt liefern. Sie werden Kritik üben; das hat schon begonnen, das ist Ihre Aufgabe, das ist vollkommen normal. Ich darf für uns aber auch sagen, dass wir sicher sind, dass die Koalition und dieser Haushalt sicherlich nicht über Kritik erhaben sind. Manches könnte man anders machen – manches vielleicht auch besser. Natürlich ist es Aufgabe der Koalition, das jetzt herauszukitzeln.

Aber: Kollege Gebhardt,

(Oh! bei den LINKEN)

Frau Petry, Herr Zschocke:

(Zuruf von den LINKEN: Was?)

Es gehört mehr dazu als nur zu kritisieren – auch als Opposition; Kollege Gebhardt, es gibt einen Unterschied zwischen Kritik und Polemik, das möchte ich an der Stelle in Reaktion auf Ihre Rede sagen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich bin davon überzeugt: Unzufriedenheit allein – auch vonseiten der Opposition – wird nicht reichen. Es müssen auch Alternativen vorliegen.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht!)

Es müssen machbare und auch bezahlbare Alternativen sein, und es müssen – vor allem – auch vernünftige Alternativen sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Zurufe von den LINKEN)

Nun ist klar: Zwischen Koalition und Opposition besteht ein ganz natürliches Konfliktverhältnis. Ich hoffe, dass wir das in den nächsten Wochen nutzen können, nutzbringend für diesen Freistaat, sodass wir vielleicht am Ende der Haushaltsverhandlungen etwas schlauer sind. Vielleicht gibt es auch den einen oder anderen Vorschlag der Opposition, mit dem wir uns näher beschäftigen können.

Ich will nun auf einige Schwerpunkte des Entwurfs eingehen: Wir Sozialdemokraten haben uns im Wahlkampf an einer Idee orientiert. Wir haben immer wieder gesagt, dass wir den Menschen in diesem Land Zukunftsperspektiven verschaffen wollen. Wir wollen ihnen Chancen geben, die sie beim Schopfe packen können, um selbst eine gute Zukunft zu gestalten. Wir haben das „UNSER SACHSEN FÜR MORGEN“ genannt. Das war die Idee, der Titel, unter dem wir das subsumiert haben.

Wir wollen unser Land fit machen. Das ist uns wichtig. Da gibt es verschiedene Bereiche, auf die wir uns orientieren wollen. Dabei ist uns Sozialdemokraten der Bereich der Bildung natürlich der wichtigste. Das fängt in den

Kitas an; dazu haben wir schon einiges gehört, darauf gehe ich gleich noch einmal ein. Ich will jedoch deutlich machen, dass wir in dieser Legislatur gemeinsam die Betreuung unserer Jüngsten in diesem Freistaat deutlich verbessern werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Denn uns ist seit vielen Jahren klar, dass der Grundstein für ein gutes Leben ganz früh gelegt wird. Deshalb haben wir als SPD auch immer darauf gedrängt, dass sich Erzieherinnen und Erzieher mehr um unsere Kinder kümmern können. In fünf Jahren wird es so sein, dass sich im Kindergarten eine Erzieherin nur noch um zwölf Kinder kümmern muss; eine Erzieherin in der Krippe wird sich nur noch um fünf Kinder kümmern müssen. Wir hätten uns auch mehr gewünscht. Man kann sich immer mehr wünschen – gar keine Frage.

Wir wissen auch, dass schon allein der Unterschied zwischen dem gesetzlich festgeschriebenen Betreuungsschlüssel und dem realen Betreuungsschlüssel schwierig ist; das ist klar. Aber nicht immer ist das, was man sich wünscht, auch machbar. Man muss manchmal auch schrittweise vorgehen, und deshalb gehen wir jetzt gemeinsam diesen ersten Schritt.

(Zuruf von den LINKEN: Das sind aber sehr kleine Schritte, die Sie gehen, Herr Panter!)

– Manchmal sind auch kleine Schritte zielführend, wenn man die großen nicht im ganzen Kanon hinbekommt.

In den letzten Tagen ist viel kritisiert worden, zum Beispiel, als es um diese 20 % Sozialassistenten ging, die wir ermöglichen wollen. Es wurde von „Mogelpackungen“ gesprochen. Ich darf hier sagen: Das ist mitnichten der Fall. Das ist keine Mogelpackung. Die Berechnung der Kitapauschale wird auf 100 % Fachpersonal begründet. Da gibt es kein Wenn und Aber. Vor Ort wird entschieden, wie dieses Geld eingesetzt wird. Das ist so. Die Träger entscheiden das. Wenn wir denen jetzt die Flexibilität geben, 20 % Sozialassistenten einzusetzen – die im Übrigen auch in diesem Freistaat ausgebildet werden –, dann halten wir das für eine Chance und nicht für eine Gängelei und auch nicht für eine Mogelpackung.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Damit wird aber aus unserer Sicht nicht nur die Flexibilität erhöht, sondern auch die Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern – dort ist das schon gang und gäbe –, auch mit den Bundesländern, in denen zum Beispiel die GRÜNEN mitregieren.

Zur Schule: Dass wir in Sachsen in den letzten Jahren erhebliche Probleme im Bereich der Schule hatten, wollen wir, glaube ich, nicht bestreiten. Es gab Stundenausfall, teilweise mangelnde Nachbesetzung von Altersabgängen, und wir hatten auch Probleme, was die Befristung von Stellen für Vertretungslehrer angeht. Uns ist klar, dass es da Probleme gab. Wir werden aber gemeinsam als Koalition hier das Ruder herumreißen. Wir werden in den nächsten fünf Jahren, in dieser Legislatur alle Altersab-

gänge eins zu eins ersetzen, ausnahmslos und – das möchte ich betonen, für uns Sozialdemokraten ist das ganz wichtig – unbefristet.

(Beifall bei der SPD)

Das sind allein schon über 5 000 Lehrerinnen und Lehrer in dieser Legislaturperiode. Aber das reicht uns noch nicht. Wir wollen nicht nur den Status quo erhalten, wir wollen noch mehr. Wir werden auch in Qualität investieren. Dabei ist Inklusion ein wichtiges Stichwort. Die Quote von Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern wollen wir ebenfalls weiter verringern. Deshalb werden wir mindestens 1 000 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich in dieser Legislaturperiode einstellen. Das sind dann insgesamt mindestens 6 100 Lehrerinnen und Lehrer, die unbefristet eingestellt werden.

Das könnte man noch lange fortsetzen. Wenn man die Bildung von der Kita über die Schule an die Hochschule bringt, können wir auch dort sagen: Wir haben den Stellenabbau an den Hochschulen gestoppt und werden eine Hochschulentwicklungsplanung bis 2025 ermöglichen. Das ist in dieser Republik einzigartig.

Auch bei der Polizei ist es so, dass wir den in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Stellenabbau zurückgenommen haben. Wir haben vereinbart, eine Evaluation durchzuführen. Wir wollen wissen, wo und in welchem Umfang wir in Zukunft Polizistinnen und Polizisten einsetzen müssen, damit Sicherheit in diesem Freistaat garantiert ist. Das werden wir gemeinsam mit den Polizistinnen und Polizisten bis Ende 2016 tun.

Ein ganz anderes Thema, das aber auch sehr viel mit den Zukunftsperspektiven in diesem Land zu tun hat, ist das Thema Digitalisierung. Das wurde bereits angesprochen. Wir haben in den vergangenen 20, 25 Jahren in diesem Land richtigerweise sehr viel in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Das war richtig, weil wir sicherstellen mussten, dass die Güter von A nach B kommen, dass die Mobilität steigen kann. Dort lag Anfang der Neunzigerjahre sehr viel im Argen.

Jetzt geht es aber nicht mehr nur darum, Dinge von A nach B zu bringen, sondern heutzutage geht es vor allem auch um Informationen. Sicherer, schneller und leistungsfähiger Internetzugang ist mittlerweile mit Sicherheit genauso wichtig wie der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den letzten 25 Jahren. Davon bin ich fest überzeugt. Deshalb werden wir als Koalition in den nächsten Jahren 160 Millionen Euro in diesen Bereich investieren, damit unser Land, die Menschen und die Wirtschaft in diesem Land den Anschluss nicht verlieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten gibt es für uns noch einen weiteren Schwerpunkt, der heute bereits angesprochen wurde. Für uns gilt: Solide Finanzpolitik muss ein Schwerpunkt sächsischer Politik sein. Um mit einem Bild zu sprechen: Für mich ist Haushalts- und Finanzpolitik das Herz der Politik. Das Herz pumpt Blut

durch den Körper. Genauso pumpt die Haushalts- und Finanzpolitik Geld ins Land, um Schulen und Straßen zu bauen und um Dinge zu ermöglichen, die in allen Teilen dieses Freistaates nötig sind – von den großen Städten über den ländlichen Raum bis in die Lausitz, in die entlegensten Ecken des Erzgebirges.

Nun schlägt dieses Herz aber nicht von allein. Es sind politische Entscheidungen, die dieses Parlament hier treffen muss, die festlegen, wohin das Geld fließt. Ich muss als glücklicher Leipziger, der in Baden geboren ist, mit einem Blick zurück sagen, dass ich in den letzten Jahren ab und an einmal dachte: Wo endet Sparsamkeit, und wo beginnt der Geiz? Man muss Steuerschätzungen nicht gleich aufrunden, aber man muss sie auch nicht regelmäßig abrunden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Solide Finanzpolitik darf aus meiner Sicht kein Spardiktat sein. Wir müssen finanzielle Entscheidungen immer daran messen, ob sie Zukunftsperspektiven für unser Land ermöglichen. Deshalb ist Sparpolitik für mich kein Selbstzweck. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass wir einfach das Füllhorn ausschütten. Natürlich würden wir gern 8 000 oder 9 000 Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Kein Problem. Wir würden auch gern nicht nur 400 Polizisten neu einstellen, sondern vielleicht 1 000 oder 2 000. Das würden wir sehr gern tun. Wir müssen aber auch den Spagat zwischen dem, was wir uns wünschen, und dem, was möglich ist, immer im Blick behalten. Das heißt, wir müssen versuchen, die goldene Mitte zwischen dem, was wir uns wünschen, und dem, was möglich ist, zu finden.

Sachsen ist kein armes Land. Das wird hier, glaube ich, auch niemand behaupten. Wir nehmen seit 2006 – ich darf sagen, wir haben damals zum ersten Mal mitregiert – keine neuen Schulden auf. Nur, wenn wir feststellen, dass wir kein armes Land sind und dass wir keine neuen Schulden aufnehmen, heißt das im Umkehrschluss nicht, dass wir ein reiches Land sind.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Wir sind weiterhin in ein solidarisches Finanzsystem eingebunden. Das Haushaltsvolumen beläuft sich in den beiden Jahren auf knapp über 17 Milliarden Euro. Von diesen 17 Milliarden Euro sind ungefähr 11 Milliarden Euro aus eigenen Einnahmen. 6 Milliarden Euro erhalten wir von anderen Bundesländern, vom Bund selbst oder von der EU. Das heißt, wir haben die Pflicht, solange unsere eigene Steuerkraft noch so schwach ist – so ehrlich müssen wir sein –, mit den Geldern, die wir haben, sorgsam umzugehen. Ehrlich gesagt, man muss das auch danach, selbst wenn wir genug eigene Steuerkraft haben. Aber für den Moment müssen wir auf jeden Fall sehr sorgsam damit umgehen. Das heißt, solide Finanzpolitik bedeutet, die notwendigen Investitionen in den Blick zu nehmen, um Zukunftsperspektiven zu ermöglichen, aber auch zu wissen, was machbar ist.

Ich habe vorhin bereits einige große Dinge genannt. Es gibt aber auch sehr viele vermeintlich kleine Dinge. Es gibt Dinge, die vielleicht nur 50 000 oder 100 000 Euro kosten. Das ist im Verhältnis zu 17 Milliarden Euro im Haushalt nicht viel. Aber wenn es um Dinge geht wie Übungsleiter beim Sport, um Existenzgründerberatung, um Sprachkurse für Asylbewerber, wenn es um die Erhöhung der Jugendpauschale geht, sind das aus unserer Sicht sehr wichtige Punkte. Bei diesen vermeintlich kleinen Dingen zu streichen kann Zukunftsperspektiven verloren gehen lassen, die wir so schnell mit Geld nicht wieder aufbauen können.

Deshalb haben wir im Wahlprogramm deutlich gemacht, dass wir auch auf diese vermeintlich kleinen Dingen ein klares Augenmerk setzen wollen. Ich bin sehr froh, dass wir das im Rahmen der Koalitionsverhandlungen geschafft haben; denn am Ende geht es uns immer um die Menschen in diesem Land, sowohl bei den kleinen als auch bei den großen Dingen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es eingangs bereits gesagt: Jetzt wird es konkret. Wir alle müssen jetzt liefern. Ich bin sicher, wir werden das so tun, wie wir es in den Koalitionsverhandlungen getan haben. Ich habe es vorhin gesagt: hart in der Sache, aber fair im Ton und in Gemeinsamkeit für diesen Freistaat. Dabei gilt auch der Leitspruch des von mir sehr geschätzten, leider viel zu früh verstorbenen Peter Struck: Nichts geht aus dem Parlament so heraus, wie es hineingegangen ist.

Das werden wir beherzigen. Wir sind auf die Alternativvorschläge gespannt. Ich bin mir sicher, dass wir als Koalitionsfraktionen auch den einen oder anderen Änderungsvorschlag in diesem Haushaltsentwurf haben werden. Eines dürfen wir dabei nicht aus den Augen verlieren: Wir reden hier über Zahlen auf Papier. Aber in Wirklichkeit geht es doch um die Menschen in unserem Land, um die Zukunftsperspektiven dieser Menschen. Das dürfen wir bei allen Diskussionen über diese Zahlen auf Papier nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Deshalb lautet unsere Grundidee – ich darf es noch einmal wiederholen: „Unser Sachsen für morgen“. Daran wollen wir uns messen lassen. Wir werden mit viel Fleiß und Ehrgeiz daran arbeiten, auch mit der gehörigen Portion Demut, die nötig ist, aber immer ehrlich und mit offenem Herzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Herr Kollege Panter sprach für die SPD-Fraktion. Wir gehen weiter in der Rednerreihe und kommen zur AfD-Fraktion. Frau Petry, Sie haben das Wort.

Dr. Frauke Petry, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatsminister Unland! Meine Damen

und Herren! Im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern steht Sachsen in der Tat gut da. Im elften und zwölften Jahr in Folge wird der Freistaat vermutlich ohne Neuverschuldung auskommen. Damit ist nicht nur die verfassungsmäßig gebotene Schuldenbremse eingehalten worden, sondern die kontinuierliche Solidität in der Finanzierung sächsischer Vorhaben weiterhin gewährleistet. Diese sind für stabile Verhältnisse auch in der Zukunft zwingend notwendig.

Hierfür – und das sagen wir als Parlamentsneuling gern, Herr Unland – sind wir Ihnen und Ihren Kollegen im Ministerium dankbar.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Dank beschränkt sich allerdings ausdrücklich auf Sie als Minister und nicht als Angehöriger der CDU; denn leider ist es so – und hier werden mir die meisten sächsischen Kollegen auch stillschweigend zustimmen –, dass Ihre Bundespartei im Bundestag durch verheerende Entscheidungen im Zusammenhang mit der euphemistisch genannten Euro-Rettung ihre Bemühungen auf Landesebene direkt unterminiert.

(Beifall bei der AfD)

Denn das, was Sie hier in Sachsen durch Einschnitte und Einschränkungen bei den Bürgern einsparen, wird durch Ihre Partei im Bundestag postwendend wieder an Pleitestaaten und -banken weitergegeben, wenn auch aktuell lediglich durch sogenannte Gewährleistungszusagen. Doch, liebe Staatsregierung, Sie können sich darauf verlassen: Auch wir in Sachsen werden schließlich dafür zahlen müssen.

Wir begrüßen also unter den derzeitigen Rahmenbedingungen den beschlossenen und vorgelegten ausgeglichenen Haushaltsentwurf. Bei aller Zuversicht darf jedoch der Umstand nicht vergessen werden, dass dieser Haushalt nur zustande kommen konnte durch Direktzahlungen des Bundes, die keinen Gegenwert in der eigenen Produktion nachweisen können. Ich spreche vom Länderfinanzausgleich und den im schönsten Behördendeutsch genannten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen – Zahlungen, deren Absolutwert in den vergangenen Jahren sogar wieder gestiegen ist und nicht abgenommen hat.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist Sachsen auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch nicht in der Lage, seine notwendigen Einnahmen vollständig aus eigenen Steuermitteln zu erzielen. Wir sind uns bewusst, dass in einem – gottlob! – nicht mehr sozialistischen Land der Staat allein keine Jobs schaffen kann, sondern lediglich die Rahmenbedingungen setzen und ein Umfeld schaffen muss, sodass sich ein unternehmerfreundliches Klima entwickelt. Es geht also um Schlagworte wie Bildung, Investitionen und Sicherheit. Gerade hier, meine Damen und Herren, weist unserer Ansicht nach der Haushaltsentwurf immer noch entscheidende Schwächen auf.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben sich an gleicher Stelle vor zwei Jahren massiv darüber beschwert, dass unseren Kindern circa 1 Milliarde Euro vorenthalten werde. Zudem haben Sie Forderungen aufgestellt, in den nächsten zehn Jahren – ich glaube, Herr Dulig, Sie waren das – genauso viel Geld in Kinder oder – ich ergänze vielleicht – in noch mehr Kinder zu investieren wie für die Rettung der Sächsischen Landesbank, 2,75 Milliarden Euro. Darf ich Sie daher auch fragen, Herr Dulig, wo im aktuellen Haushaltsentwurf zwei Zehntel dieser 2,75 Milliarden Euro, also 550 Millionen Euro, versteckt sind, die Sie den Kindern zugutekommen lassen wollten? Ich habe sie gesucht, aber nicht gefunden.

(Zurufe des Staatsministers Martin Dulig
und des Abg. Mario Pecher, SPD)

Gehen wir einmal zu den Lehrern. Sie wollen bis 2017 600 neue Stellen schaffen. Wir wissen aber, dass durch den Schüleranstieg von circa 8 000 Schülern im gleichen Zeitraum bereits 320 der 600 Stellen gebunden sind. Es bleiben also nur 280 Stellen. Rechnet man ein bisschen genauer, bezieht die circa 400 langzeiterkrankten Lehrer oder die wiederholt erkrankten Lehrer und den sowieso vorhandenen Unterrichtsausfall, der regelmäßig zehnmal so hoch ist wie in der Haushaltsplanung vorgeschrieben, ein, dann brauchen wir zu den vorgeschlagenen weitere 500 zusätzliche Vollzeitlehrerstellen für das laufende Jahr.

Warum also das Verharren auf dem Status quo in der Bildung? Auf die kommenden zwei Jahre bis 2017 gerechnet braucht man nach unserer Meinung circa tausend zusätzliche Lehrerstellen, um ordnungsgemäßen Unterricht durchzuführen, ganz zu schweigen von den Zusatzaufgaben, die das Bildungssystem zu bewältigen hat.

(Beifall bei der AfD)

Herr Panter, das heißt für uns nicht, das Ruder herumzureißen. Das sähe deutlich anders aus.

(Zuruf des Abg. Dirk Panter, SPD)

Bei dem jetzigen Haushalt mit der aktuellen Stellenplanung ist heute schon klar, dass in den nächsten zwei Jahren mehrere Hundert Lehrerstellen fehlen werden. Das heißt, wir werden weiterhin Unterrichtsausfall in Größenordnungen erleben und keine lehrplangemäße Beschulung, wie es die sächsischen Schulen eigentlich brauchen. Das ist keine Meinung; das kann man schlicht anhand der vorhandenen Zahlen ausrechnen.

Das heißt, dass die Regierung ihrem Anspruch, dem Schülerzahlenanstieg, der verstärkten Zuwanderung von Migranten und dem daraus folgenden erhöhten Bedarf für Deutsch als Zweitsprache, einer weiter steigenden Anzahl von integrativ beschulten Schülern und einer schrittweisen Umgestaltung des Schulwesens in Richtung Inklusion und auch der deutlich erhöhten Ausbildungsverpflichtung der Schulen, nicht gerecht werden und nicht in der Form nachkommen kann, wie es nötig wäre.

Kurz zur Inklusion, die gut gemeint ist, aber beileibe nicht gut gemacht. Die Kapazitäten und das Fachpersonal an

den Regelschulen reichen bekanntermaßen nicht aus. Erhöht sich daher die Zahl von integrativ beschulten Schülern zu schnell, wird sich die sowieso schon prekäre Situation in der Lehrerschaft deutlich zuspitzen und das Problem letztendlich auf dem Rücken der Schüler und unserer schon stark belasteten Lehrer ausgetragen. Die Lehrerschaft schlägt – und das wissen Sie im Ministerium sehr genau – schon jetzt Alarm.

Der gut gemeinte Vorsatz schlägt sich derzeit in sein Gegenteil um. Daher fordert die AfD, dass Sie erst einmal die Voraussetzungen für einen geordneten Regelunterricht schaffen und ein richtiges Konzept zur Integration vorlegen müssen, bevor diese planlos vorangetrieben wird.

(Beifall bei der AfD)

Ein Wort noch zu den freien Schulen. 80 Millionen Euro mehr bis 2016 sind ein Symbol. In der Tat ist die Staatsregierung aufgefordert, die Beschlüsse des sächsischen Verfassungsgerichtes umzusetzen. Schauen wir uns aber an, wie die Neuregelungen tatsächlich aussehen, dann wird keine vergleichbare Förderung von staatlichen und freien Schulen erreicht. Dann erreichen wir gerade nicht das, was wir für eine vielfältige sächsische Schullandschaft brauchen, nämlich auch den Wettbewerb der Konzepte.

Wenn wir wie die Gerichte die Schulvielfalt verteidigen, meine Damen und Herren, dann ist der vorgelegte Gesetzentwurf zu den freien Schulen immer noch dringend verbesserungsbedürftig.

(Beifall bei der AfD)

Nun zur Wirtschaft, zum Meisterbonus. Meine Damen und Herren, auch wenn Sie erkannt haben, dass wir deutlich dafür sorgen müssen, dass der Meister gestärkt wird, so erkennen wir auch hier ein starkes Defizit. Sie wollen den Meisterbonus einführen und ihn mit dem nächsten Doppelhaushalt das erste Mal ausbezahlen. Vor uns liegt eine große Zahl an Unternehmensübernahmen in Sachsen. Bis zum Jahr 2018 werden circa 5 300 kleine und mittelständische Unternehmen ihren Chef wechseln. Hierfür werden zum großen Teil Meistertitel notwendig sein.

Schauen wir über den Tellerrand, dann sehen wir, dass in Bayern diese Maßnahme bereits voll durchschlägt. Mit etwa 20 000 Berechtigten für den Meisterbonus pro Jahr rechnet das Wirtschaftsministerium im anderen Freistaat, und das bei circa 12,6 Millionen Einwohnern. In Sachsen wird lediglich 1 Million Euro veranschlagt. Das heißt, man geht von etwa 1 000 Berechtigten aus. Das entspricht rund zwei Drittel der vergebenen Meistertitel in Sachsen in den letzten Jahren. Sachsen hat mit einer Bevölkerung von etwas über 4 Millionen Einwohnern etwa ein Drittel der Einwohnerzahl des Freistaates Bayern. Die Zahl der vergebenen Meistertitel bewegt sich aber in einem Bereich von einem Zwanzigstel der bayerischen Zahlen. Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, bitte erklären Sie uns diese Diskrepanz.

Nun zur inneren Sicherheit. Sie werben unablässig mit der Einstellung von 400 Polizisten und 100 Experten. Gleichzeitig kürzen Sie im Landeskriminalamt 100 Stellen. Die Pläne zur Prävention sehen den Abbau von 17 Stellen pro Polizeidirektion auf nur acht Stellen pro Polizeidirektion vor. Das ist ein fatales Signal, das für uns nur eines dokumentiert: Perspektivlosigkeit an einer Stelle, bei der der Kosten-Nutzen-Effekt von Personalausgaben maximal ist.

(Beifall bei der AfD)

Bei der Polizei ist schon jetzt klar, dass die geplanten 400 Stellen nicht ausreichen. Ob sie überhaupt erreicht werden, kann augenblicklich niemand sagen. Nach Angaben der Polizeigewerkschaft fehlen eher 1 000 bis 1 500 Beamte. Hatte ein Polizist vor Jahren pro Tag zwischen 40 und 50 Ermittlungsverfahren auf dem Tisch, sind es heute 80 bis 100. Das ist schlicht nicht zu schaffen.

Es geht weiter: Die Bereitschaftspolizei stellt keine Unterkünfte mehr. Die Auszubildenden müssen sich selbst Zimmer suchen und diese selbst bezahlen. Der Markt ist dicht, weil sich Polizeischüler mit Studenten um preiswerte Unterkünfte in Leipzig, Chemnitz und Dresden streiten. Zudem muss auch der Führerschein nun mitgebracht werden. Die ehemals bezahlte Fahrausbildung ist ebenfalls gestrichen worden.

Ein ganz konkretes Beispiel: Wie in vielen Orten wird der Polizeiposten in Dippoldiswalde zukünftig ab 18 Uhr geschlossen. Werden also Beamte am Abend in der Grenzregion bei Altenberg benötigt, dann können die Beamten in Freital losfahren und kommen circa 45 Minuten später an. Herr Innenminister, ist das Ihre Art, die Sicherheit in Sachsen zu erhöhen?

(Beifall bei der AfD –
Staatsminister Markus Ulbig: Nein, ...!)

Es ist Augenwischerei, die Sie betreiben. Wie können Sie behaupten, dass Sie 400 Polizisten einstellen und damit die Sicherheit Sachsens stärken, aber gleichzeitig die Stellen im Landeskriminalamt streichen? Wie passt das zusammen?

Das LKA ist dafür zuständig, eine Art von Kriminalität zu senken, die ein hohes Maß an Folgekriminalität erwarten lässt: organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Menschenschmuggel, Drogenhandel, Schleuserbanden, Internetkriminalität, Grenzkriminalität usw.

Mit vereinfachten Worten: Wenn das LKA einen hochrangigen Drogenhändler schnappt, kann die Streifenpolizei mit entsprechend weniger Einsätzen wegen Beschaffungskriminalität und Drogenhandel auf der Straße rechnen. Dann können die 400 Polizisten andere, aber ebenso dringliche Aufgaben besser und mit höherer Mannstärke bearbeiten.

Meine Damen und Herren! Beim LKA zu sparen ist unserer Ansicht nach das Dümme, was man machen kann!

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, Sie möchten dennoch mehr Sicherheit und propagieren eine Aufstockung der Polizei. Dass diese nur vordergründig passiert, habe ich erläutert. Es ist aber einigermaßen widersinnig – um freundlich zu bleiben –, dass Sie gleichzeitig Kriminalitätsprobleme nicht an der Wurzel fassen, sondern maximal die Symptome kurieren wollen.

Neben der bereits erwähnten Bildungspolitik muss man nämlich hier auch den Kampf gegen Extremismus und dessen immanente Gewalt einbeziehen.

Sie planen in Sachsen – je nach Lesart – sechs- bis siebenstellige Beträge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Diese Ausgaben tragen wir mit. Allerdings endet unsere Zustimmung an dem Punkt, an dem Sie das Kind mit dem Bade ausschütten und über die Finanzierung so mancher links-bunter Kultureinrichtung die Entwicklung des politischen Extremismus auf der anderen Seite wieder fördern.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie pflegen der Erfahrung nach keine Sympathien mit linken Extremisten. Warum also fördern Sie entsprechende Einrichtungen, die sich lediglich den Begriff Demokratie in den Namen schreiben, aber, dahinter versteckt, vollständig antidemokratische politische Vorfeldarbeit leisten?

(Beifall bei der AfD)

Bekämpfen Sie den Linksextremismus analog zum Rechtsextremismus! Damit würden Sie ganz real für mehr Sicherheit auf Deutschlands und Sachsens Straßen sorgen.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrter Herr Minister Prof. Unland, wir als AfD begrüßen es ausdrücklich, dass Sie eine konservative Haushaltsführung ansetzen, da die Aussichten für die Weltwirtschaft und damit auch für Sachsen tatsächlich alles andere als positiv sind. Der Anstieg der Aktienindizes verdeutlicht die Gefahren des fortgesetzten Gelddrucks der EZB, das Arbeitnehmer und Sparer fortlaufend enteignet.

Als AfD werden wir – auch als Parlamentsneuling, aber explizit – darauf achten, dass sich die Staatsregierung von ideologischen Ausgabenprojekten wie Subventionen für die ökonomisch unsinnige Energiewende, von Förderungen zweifelhafter pseudodemokratischer Vereine und der Unterstützung von Gender-Mainstreaming trennt. Dann werden auch ausreichende Mittel dafür frei, die wir in viel stärkerem Maße in Familien, Bildung und innere Sicherheit investieren können. So machen wir Sachsen dauerhaft zukunftssicher.

(Enrico Stange, DIE LINKE: Na, dann los!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abg. Zschocke, bitte.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Frau Petry, Initiativen, die sich für demokratische Kultur in Sachsen engagieren, so zu diffamieren, wie Sie es tun, ist demokratiefeindlich.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN
und der SPD – Dr. Frauke Petry, AfD:
Sie haben es nicht verstanden, Herr Zschocke!)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer nichts erwartet, kann nicht enttäuscht werden. Eigentlich ist von diesem Doppelhaushalt nicht viel zu erwarten. Die CDU macht so weiter wie bisher. Schon beim Koalitionsvertrag hat es zu größeren Innovationen nicht gereicht.

(Zuruf von der CDU)

Der vorgelegte Entwurf ist jetzt erst einmal nicht spektakulär. Die SPD hat allerdings einiges versprochen und Erwartungen ausgelöst, und da macht es keinen Sinn, sich Enttäuschungen zu wünschen. Ich sage das ganz klar, weil die zentrale politische Bildung hier im Land uns alle gern unter dem Sammelbegriff „die Politik“ in Gruppenhaftung nimmt, und dann trifft die Enttäuschung uns Landespolitiker insgesamt. Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir die Suche nach der Handschrift der SPD in diesem Entwurf noch nicht aufgegeben.

(Zuruf des Abg. Dirk Panter, SPD)

– Vielleicht ist sie ja nicht auf Anhieb sichtbar, Herr Panter, und verbirgt sich hinter intransparenten Planzahlen. Das werden wir in den Ausschüssen sehr genau hinterfragen; aber leider ist Enttäuschung bereits jetzt absehbar.

(Mario Pecher, SPD, hält etwas
in die Höhe: Ich habe eine!)

Zum Beispiel haben im Bildungsbereich viele von den in Stein gemeißelten Versprechen für mehr Lehrer gar nichts. Die Aufstellung des neuen Doppelhaushalts droht in Bezug auf die freien Schulen erneut verfassungswidrig zu werden, weil sie die tatsächlichen Mehrkosten,

(Beifall von den GRÜNEN)

die sich aus dem Verfassungsgerichtsurteil ergeben, nicht vollständig abbilden und auch nicht potenzielle Rückforderungen oder eventuelle offene Klagen. Wir haben das Urteil in der letzten Legislatur gemeinsam hier erstritten, und nun provozieren Sie erneut einen Konflikt. Ich halte das politisch für gefährlich, meine Damen und Herren. Tun Sie das nicht! Noch können Sie das heilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben auch bessere Kindertagesstätten versprochen. Von der groß angekündigten Verbesserung des Personalschlüssels in den Kindertagesstätten findet sich jetzt nur ein erster Minimalschritt im Haushalt wieder, und

dieser könnte durch die Hintertür sogar noch zur Kostenfalle für Eltern oder Kommunen werden, die dann am Ende doch die Mehrbelastungen tragen müssen. Wären Sie mit den Ankündigungen doch lieber etwas zurückhaltender geblieben! Alle wussten ja, dass sich die CDU beim Betreuungsschlüssel kaum bewegen würde. Doch Sie haben Ihren Verhandlungserfolg mit einer solchen Hochglanzrhetorik verkauft, und jetzt droht dies wieder kräftig entzaubert zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch den Stellenabbau an den Hochschulen haben Sie nicht wirklich vollständig gestoppt, wie Sie es vorhin sagten, Herr Panter. 150 Stellen werden weiterhin gekürzt. Das ist in der letzten Koalition so vereinbart gewesen. Sie haben das nicht zurückgenommen. Sie haben auch mehr Sicherheit versprochen, aber bereits beim Koalitionsvertrag war klar, dass Sie dieses Versprechen nur halbherzig geben; denn um den schwarz-gelben Stellenabbau bei der Polizei wirklich zu stoppen, müssten Sie jährlich 600 Beamte einstellen und nicht nur 400.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bei den Gerichten und im Justizvollzug reichen Ihre Neueinstellungen nicht aus, um die Altersabgänge der nächsten Jahre auszugleichen. Wir könnten übrigens im Justizbereich viel Geld sparen, wenn wir den Einstieg in kriminelle Karrieren frühzeitig abwenden würden. Konzepte wie Täter-Opfer-Ausgleich oder soziale Trainingskurse funktionieren. Es ist haushaltspolitisch wirklich unklug, wenn diese nicht gleichmäßig überall, in allen Regionen vorgehalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Klaus Bartl, DIE LINKE)

Denn wenn Jugendstraffälligkeit nicht unverzüglich mit präventiven ambulanten Maßnahmen begegnet wird, wird es sehr schnell sehr teuer. Jugendhilfekosten, meine Damen und Herren, belasten die öffentlichen Haushalte eben nicht, sondern sie entlasten sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Bereich Asyl schaffen Sie Verbesserungen bei der Anhebung der Pauschale auf 7 600 Euro im Jahr. Das sehen wir. Mit Blick auf eine humane Flüchtlingspolitik hat Ihr Entwurf allerdings noch Defizite. Sachsen kann den großen gesellschaftlichen Gewinn aus Zuwanderung und aus einer multikulturellen Gesellschaft ziehen, wenn sich die Lebensbedingungen und Perspektiven von Flüchtlingen schnell verbessern. Dort gibt es Handlungsnotwendigkeiten, die noch nicht ausreichend finanziert sind, zum Beispiel bei den Gesundheitskosten, bei der Migrationsberatung, der Flüchtlingssozialarbeit, der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge, der Unterstützung von Flüchtlingsorganisationen, bei Willkommens-Kitas, Sprachunterricht und bei den Volkshochschulen; und es hat auch nichts mit vorsorgender Politik zu tun, wenn wegen fehlender Planung Erstaufnahmeengpässe

regelrecht vorprogrammiert werden, die dann immer wieder zu Überfüllung und Konflikten führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

Herr Ulbig – er ist gerade nicht da –, schaffen Sie endlich die lange angekündigten neuen Kapazitäten für Erstaufnahme, auch in Leipzig und in Dresden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein Haushalt, der nicht in die Zukunftsfähigkeit investiert, steht auf tönernen Füßen. Sie müssen die langfristigen Auswirkungen von Investitionen endlich konsequenter als bisher mitdenken. Wir haben da einen erweiterten Investitionsbegriff; denn Zukunftsfähigkeit begründet sich nun einmal nicht allein auf Stahl und Beton, sondern auf kreative, gut ausgebildete Menschen. Mittel für Bildungsgerechtigkeit, für Chancengleichheit, für Barrierefreiheit und Gleichstellung – dies alles sind Investitionen, die künftige gesellschaftliche Kosten einsparen helfen. Auch Klimaschutzinvestitionen ersparen hohe Kosten künftiger Klimaschäden. Deshalb ist ein Zuschussprogramm, zum Beispiel für energetische Gebäudesanierung, sinnvoll, da dieses zu hohen Kosteneinsparungen führt und gleichzeitig das sächsische Handwerk unterstützt, und genau das schlagen wir vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil die Folgebelastungen der öffentlichen Haushalte durch den motorisierten Individualverkehr so hoch sind, ist es finanzpolitisch sinnvoll, von den 88 Millionen Euro, die Sachsen jährlich für kommunale Verkehrsinvestitionen erhält, mehr für Investitionen in Bus und Bahn zu verwenden, und das schlagen wir vor.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ines Springer, CDU:
Busse fahren aber auch auf Straßen!)

Weil die ökologischen Ressourcen die Grundlagen von Wohlstand, gesundem Leben und Wertschöpfung sind, ist es finanzpolitisch sinnvoll, in den Schutz von Boden, Wasser, Atmosphäre und biologischer Vielfalt zu investieren, und da ist es falsch, gerade den Umwelthaushalt abzuschmelzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein intaktes Ökosystem erledigt viele Aufgaben kostenlos: Luftreinhaltung, Wasserfilterung, Erosionsschutz, Nährstoffproduktion oder die Bestäubungsleistung der Bienen zum Beispiel. Müsste Herr Finanzminister Unland für all diese Dienstleistungen künftig öffentliche Mittel einplanen, würden die Kosten schnell ins Unermessliche steigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen sind Ausgaben für Biotopverbund oder Deichrückverlegung Mittel, die das Ökosystem stabilisieren. Das ist Zukunftssicherung und auch Haushaltskonsolidierung pur, und das schlagen wir vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen auch, wo Sie Geld, zum Beispiel für die Verbesserung des Gewässerzustandes, hernehmen können: Erheben Sie endlich ein angemessenes Wasserentnahmentgelt für die Braunkohle, wie es jede andere Industrie auch zahlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein damit könnten bereits 14 Millionen Euro mehr in Renaturierungsmaßnahmen fließen.

Eine Sorge möchte ich noch ansprechen: die Verringerung kommunaler Zuweisungen. Freistaat und Kommunen sitzen finanzpolitisch in einem Boot. Wir werden sehr genau hinschauen, dass Sie sich aus dieser fairen Partnerschaft nicht herausmogeln. Denn viele von Ihnen sind Stadt- oder Gemeinderäte und wissen, dass es, wenn ein Stadt- oder Gemeinderat keine Akzente mehr bei der Haushaltsaufstellung setzen kann, die Entscheidungsrechte kommunaler Gremien systematisch zerstört. Das ist kein Beitrag zur Stärkung der Demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Pro-Kopf-Steuerkraft der ostdeutschen Gemeinden liegt 25 Jahre nach der Wende immer noch bei knapp 60 % des Bundesdurchschnitts. Die Großmüligkeit ehemaliger Minister hier im Land, die Sachsen schon als Geberland sahen, gehört hoffentlich der Vergangenheit an. Sachsen ist noch lange nicht finanziell eigenständig, und Fortschritte bei der wirtschaftlichen Leistung bremsen den demografischen Wandel oft wieder ab.

Deshalb kommt es jetzt darauf an, in Zukunftsfähigkeit und gesellschaftliche Modernisierung zu investieren, um Folgekosten zu begrenzen. Auch die Funktionalität der Landesverwaltung und die Handlungsfähigkeit der Kommunen müssen gesichert bleiben. Beim Länderfinanzausgleich gilt es, vor allem Einnahmeverbesserungen seitens der Bundesebene zu erreichen. Es kommt jetzt darauf an, die Wirtschafts- und Forschungslandschaft in Sachsen zukunftsfähig aufzustellen, gute Rahmenbedingungen für Zuwanderung zu schaffen und dafür zu sorgen, dass keine sächsische Region abgehängt wird, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Wir gehen in die nächste Runde. Gibt es Redebedarf vonseiten der CDU-Fraktion? – Herr Abg. Michel bitte.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Haben Sie noch was vergessen? –
Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Jens Michel, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sei mir gestattet, noch einige Aspekte aufzugreifen; denn ein wenig gab es Ansätze von dem Schneller-höher-weiter-Prozess, was ich angedeutet hatte.

Ich glaube, wir tun gut daran, uns alle daran zu erinnern, dass wir hier Steuergelder verteilen. Geld ist immer der in Metall gegossene Schweiß der Menschen, die hier arbeiten. Das sollten wir immer mit bedenken. Es sind nicht unsere eigenen Gelder, sondern es sind die Gelder, die wir über Solidarmaßnahmen von den Geberländern erhalten, oder es ist das, was sich die sächsische Bevölkerung erarbeitet.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Deshalb kann ich bei manchen Punkten nur appellieren, mit den Anträgen Maß zu halten und nicht Politikenttäuschung und -verdruss zu fördern, wenn Sie genau wissen, dass es eigentlich unrealistisch ist, was gefordert wird.

Es sei mir gestattet, den GRÜNEN zu sagen: Wer nicht mit gestalten will, der wird gestaltet. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

Ich weiß, dass Sie begierig sind, meine fundamentalen Ausführungen zum FAG hören zu wollen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Im ersten Teil meiner Rede hatte ich das ausdrücklich ausgegrenzt.

Wir setzen den bewährten Kurs fort, und letztendlich halten wir am Gleichmäßigkeitsgrundsatz fest. Wir haben dabei ein sehr gutes Niveau und einen sehr guten Ausgleich mit unseren sächsischen Kommunen gefunden. Das werden wir in den Haushaltsberatungen fortsetzen. Ich denke, dieser Entwurf ist deshalb keine Abwälzung von Lasten auf die Kommunen, sondern unsere sächsischen Kommunen können sich – auch im Bundesvergleich – der Solidarität des Freistaates sicher sein.

Zum Finanzausgleichsgesetz werden wir auch dann in der Anhörung noch vieles hören, und ich bitte Sie nochmals, in den Haushaltsberatungen etwas Maß zu halten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von der Fraktion DIE LINKE noch einmal das Wort gewünscht? – Ich sehe keine Reaktion. Die SPD-Fraktion, bitte; Herr Abg. Pecher.

Mario Pecher, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, insbesondere auf die Ausführungen von Herrn Gebhardt in Richtung Kommunen zu reagieren.

Mittlerweile ist es mein sechstes Finanzausgleichsgesetz, das ich hier bearbeite. Warum sage ich das? Wenn man rückblickend schaut, dann muss man fairerweise sagen, dass das Finanzausgleichsgesetz – ich sage es mal so – wenige Schlachten zu ertragen hatte. Es gab immer einen großen Konsens in diesem Plenum, dass das Gesetz und dieser Mechanismus – und dass es das gibt – eine vernünftige Sache sind. Ja, es gibt auch gute Dinge in diesem Freistaat, und dazu zählt mit Sicherheit dieses Finanzausgleichsgesetz.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Zuruf der Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Im Detail wird deutlich – damit will ich zur gesamten Debatte rückkoppeln –: Wir haben heute einen Entwurf. Es haben sich ein paar Truppenteile hingesetzt und mit viel Mühe einen Entwurf eingebracht. Wir werden Fachanhörungen haben, wir werden Verhandlungen in der Koalition haben und wir werden Verhandlungen im Finanzausschuss und im Plenum haben. Wir werden Unmengen von Anträgen haben. Und natürlich wird dieses Haushaltsbegleitgesetz dieses Plenum nicht so verlassen, wie es hier eingebracht worden ist. Ich denke, das ist selbstverständlich. Herr Zschocke – deshalb habe ich das scherzhaft gesagt –, wenn Sie die Handschrift nicht erkennen können, dann werden wir Ihnen die entsprechende Brille geben, damit Sie das finden werden.

(Beifall bei der CDU)

Bestimmte Dinge, die vielleicht noch etwas unscharf sind, werden wir mit Sicherheit schärfen.

(Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

Genauso ist es letztlich beim FAG. Wir werden uns über bestimmte Dinge, zum Beispiel Schulhausbau oder Kita-Invest, noch verständigen müssen. Oder nehmen wir das Beispiel des Brandschutzes. Selbstverständlich sind 21 Millionen Euro Brandschutzmittel im FAG eine tolle Sache. Das wird jeder summenmäßig unterschreiben. Aber darüber, dass sie ausschließlich von der kommunalen Ebene – bei 16 Millionen Euro Einnahmen über die Feuerschutzsteuer im Freistaat Sachsen – zu tragen sind, werden wir mit Sicherheit noch zu diskutieren haben.

Auch darüber muss man sich im Klaren sein: Wir werden uns an den Tisch setzen und verhandeln. So, wie wir es in den Koalitionsverhandlungen gemacht haben, werden wir im Parlament verhandeln. Mein Credo ist: Wenn man verhandelt, müssen danach die Beteiligten aufstehen und sich als Gewinner fühlen. Eine Verhandlung ist in der Regel gescheitert, wenn der eine meint, er habe gewonnen, und der andere meint, er habe verloren.

In diesem Sinne bin ich sehr zuversichtlich, dass wir in eine konstruktive Haushaltsberatung gehen werden. Meinen Beitrag mit meiner zehnjährigen Erfahrung in der Vergangenheit werde ich dazu mit Sicherheit sehr konsequent einbringen.

Recht schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die AfD-Fraktion, bitte.

Dr. Stefan Dreher, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der zweiten Runde möchten wir einen wesentlichen Punkt, der viel zu kurz gekommen ist, herausstreichen: Das ist die dritte Gewalt, unsere Justiz. Auch sie kommt hier im Haushalt schlicht zu kurz. Die Mängel, die seit Langem aufgelaufen sind – wir hatten es letzte Woche im Plenum –, gehören endlich auch haushalterisch aufgegriffen.

Die Justiz, die Staatsanwaltschaft, arbeitet Hand in Hand mit der Polizei. Das, was dort im strafrechtlichen Bereich geahndet wird, landet bei den ordentlichen Gerichten. Sie müssen endlich besser ausgestattet werden.

Um es beispielhaft zu nennen – wir haben auch Mängel in der Sozialgerichtsbarkeit –, gilt dies auch für die ordentliche Gerichtsbarkeit im Bereich Zivil. Nur mit einer starken Ziviljustiz haben wir das Vertrauen der Wirtschaft, dass sie bei Streitigkeiten schnelle und sachgerechte Entscheidungen findet. Das ist etwas, was uns von anderen Ländern bereits jetzt hervorhebt, aber noch nicht genügend. Dies müssen wir weiter stärken.

Ich bitte darum, dass das im Haushalt angemessen berücksichtigt wird.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Schubert, bitte.

Franziska Schubert, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Unland! Mit Überschriften im Ohr wie „Sachsen ist unser Auftrag“ aus der Regierungserklärung und „Sachsens Zukunft gestalten“ aus dem Koalitionsvertrag bin ich hoch motiviert akribisch eingestiegen in die Weiten des Haushaltsentwurfes. Gefunden habe ich vor allem Themen, die nicht länger auszusetzen waren und auf die nun mit oder ohne SPD endlich reagiert werden musste.

Das ist in diesem Doppelhaushalt nicht ganz so schwer. Durch niedrige Zinsen und gute Steueraufkommen kann man doch von einem gewissen Wohlfühlcharakter sprechen. Nicht gefunden habe ich einen nachhaltigen Ansatz, ein Konzept, wie die Staatsregierung über den Doppelhaushalt hinaus Sachsens Zukunft gestalten will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe den Eindruck, dass hier ein Übergangshaushalt vorgelegt wurde. Wir wissen alle, dass die wahren Herausforderungen 2017 und 2019 auf uns zukommen werden. Dies ist mein erster Haushaltsentwurf in diesem Haus und irgendwie stellt sich bei mir noch nicht so

richtig das Gefühl ein, dass es sich hier um ein selbst erklärendes Zahlenwerk handelt.

Ich möchte auf zwei Schwerpunkte eingehen: zum einen auf strukturelle Auffälligkeiten und zum anderen auf die Bedeutung des Entwurfs für den ländlichen Raum.

Strukturelle Haushaltsrisiken: Sachsen ist nach wie vor in einem hohen Maße drittmittelabhängig, und zwar in einem höheren Maße, als dies Kollege Panter eben dargestellt hat. Ich glaube nicht, dass Sachsen die rückläufigen Transferleistungen von Bund und EU mittelfristig durch eigene Einnahmen kompensieren kann. Eine realistische Beurteilung, was das jetzt und zukünftig für Sachsen bedeutet, ist anhand des vorliegenden Haushaltsentwurfs nicht möglich, da er einiges an Transparenz vermissen lässt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als junger zukunftsbesorgter Mensch mache ich mir sehr wohl Gedanken, an welchen Stellschrauben noch gedreht werden kann und welche strukturellen Risiken weiterhin und über das Jahr 2016 hinaus von der Staatsregierung in Kauf genommen werden wollen. Zum Beispiel ist ein erheblicher Anteil der Haushaltsmittel in Nebenhaushalten und Sondervermögen gebunden. Dem Sächsischen Rechnungshof ist das auch aufgefallen.

Ganz kurz nur, um es in Zahlen zu gießen: In 2013 sind Zuschüsse und Zuführungen an Nebenhaushalte in Höhe von rund 2,32 Milliarden Euro erfolgt. Das sind 14,1 % der Gesamtausgaben des Staatshaushaltes. Die Zuführung an die Nebenhaushalte erfolgt im Regelfall über zwei Titel. Bei einigen Nebenhaushalten sprechen wir dabei von dreistelligen Millionenbeträgen, und das ist nicht mehr wirklich transparent.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den vergangenen Jahren haben sich die Zuschüsse und Zuführungen an die Nebenhaushalte kontinuierlich erhöht, nämlich um rund 18 %. Da wir hier auch von Personalkosten reden – und die Zahl lässt mich merklich aufhorchen; 28 % aller beim Freistaat Beschäftigten sind in Nebenhaushalten tätig –, ist davon auszugehen, dass der Finanzbedarf dieser Nebenhaushalte auch weiter in dieser Größenordnung steigen wird. Der Punkt ist: Die Nebenhaushalte entziehen sich zunehmend der Haushaltssteuerung durch das Parlament.

Auch hier ist die dringende Bitte: Schaffen Sie mehr Transparenz! Gerade in Zeiten wie diesen müssen wir gemeinsam an ganzheitlichen Lösungen arbeiten und diese miteinander konstruktiv und offen diskutieren. Wir sind nach wie vor willens mitzugestalten. Das wäre für alle ein Gewinn, auch für den Finanzminister, dem in Endlosschleife – zumindest nehme ich es so wahr – permanent Trickereien unterstellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir zu den Sondervermögen. Auch bei den Sondervermögen handelt es sich um einen Milliardenbe-

trag: 2,44 Milliarden Euro. Es existiert wohl keine einheitliche Anlagestrategie für Sondervermögen im Freistaat Sachsen. Das mag aus der Unterschiedlichkeit der Fonds heraus resultieren. Aber dennoch wäre es für uns GRÜNE und für alle Mitglieder des Parlaments interessant zu erfahren, wie mit diesen Millionenbeträgen, die in den Fonds gebunden sind, verfahren wird.

Zum Beispiel ist bekannt, dass der Altlastenfonds Sachsen direkt nach seiner Gründung langfristig hätte angelegt werden können und nicht erst zwei Jahre später. Der daraus resultierende Zinsertragsverlust für das Sondervermögen soll mindestens 6,2 Millionen Euro betragen. Dafür hätte man zum Beispiel die Volkshochschulen mit mehr Mitteln für politische Bildung im Bereich Welttoffenheit ausstatten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es irgendwie schon komisch, dass einerseits der Kanon des an der Bankrottkante balancierenden Freistaates gesungen wird und andererseits auf Zinseinnahmen in Größenordnungen verzichtet wird. Im Sächsischen Förderfondsgesetz sind einheitliche Anlagestrategien vorgesehen. Es wundert mich, warum das nicht umgesetzt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Zukunftssicherungsfonds auch noch eine Anmerkung. Es ist nicht erkennbar, wie dieser verzinst wird. Ich mag nicht glauben, dass er unverzinst bleibt, wie im letzten Zukunftssicherungsfondsgesetz niedergeschrieben ist. Aus Sicht der Staatsregierung macht der Zukunftssicherungsfonds Sinn. Man legt Geld hinein, lässt es vom Parlament absegnen und schaut dann in 2017, für welchen der angegebenen sieben Bereiche die Mittel benötigt werden. Uns GRÜNE ist dabei ein Förderschwerpunkt wie innovative Projekte im Bereich gesellschaftlicher Wandel viel näher als zum Beispiel der Straßenbau.

(Zuruf von der AfD: Antifa, ja?!)

Es hat einen Beigeschmack und den Charme von zweimal gezahlt, wenn diesem Doppelhaushalt Millionen entnommen werden, um sie als Investition in 2017/2018 wieder einzubringen. Irgendwie würde der Landtag der Staatsregierung einen thematischen Blankoscheck ausstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu meinem zweiten Schwerpunkt. Das Stiefkind des Haushaltsentwurfs ist und bleibt der ländliche Raum. Im Großen und Ganzen sollte es doch darum gehen, die Attraktivität von Regionen wie der Oberlausitz, dem Erzgebirge oder Nordsachsen als Arbeits- und Lebensorte zu erhöhen. Dazu braucht es Rahmenbedingungen und die sehe ich nur bedingt im Haushaltsentwurf verankert.

Schlimmer noch: Man gewinnt den Eindruck, dass sich eine finanzielle und konzeptverlorene Vernachlässigung manifestiert, die mit der Leuchtturmpolitik vor Jahren begann. Der ländliche Raum leistet genauso Steuerabgaben, und er ist daher genauso gleichberechtigt, so gut

behandelt zu werden wie die sogenannten Leuchttürme. Es reicht definitiv nicht aus, sich auf Drittmittel von EU-Seite zu verlassen, und es ärgert mich regelrecht, dies als eigene Leistung zu verkaufen.

Hierzu ein Beispiel: Demografie. Mit dem Landesprogramm Demografie hatten Sachsens ländliche Räume die Möglichkeit, Konzepte und Strategien zu erarbeiten und zu erproben, wie mit den demografischen Herausforderungen umgegangen werden kann. Im Koalitionsvertrag wurden die Aufstockung der Mittel und die Unterstützung von Projekten auch in Form von Investitionen zugesichert. Nach einem ersten Haushaltsentwurf ist zu sagen, dass weder für Kommunen noch für Investitionen Mittel eingeplant sind. All das stützt auch meine These von der zunehmenden Vernachlässigung der ländlichen Räume durch die Staatsregierung.

Zusammenfassend ist zu sagen: Der Haushaltsentwurf ist ein Übergangshaushalt und der ländliche Raum sein Stiefkind. Die strukturellen Haushaltsprobleme nehme ich ernst und bringe auch Verständnis für vorsorgende Sparbüchsen mit. Was mir nicht gefällt, ist die fehlende Offenheit und das fehlende Vertrauen in den parlamentarischen Diskurs, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und Sachsens Chancen wirklich zu nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir liegt jetzt kein Wunsch mehr auf Aussprache vor. Gibt es dennoch Redebedarf? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache beendet. Es wird vorgeschlagen, die Entwürfe Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2015 und 2016 in der Drucksache 6/777, eingebracht von der Staatsregierung, und das Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 in der Drucksache 6/778, eingebracht von der Staatsregierung, jeweils an die Ausschüsse Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, Innenausschuss, Verfassungs- und Rechtsausschuss, Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration, Ausschuss für Schule und Sport, Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien, Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft sowie den Europaausschuss zu überweisen.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe Einstimmigkeit. Damit ist die Überweisung beschlossen.

Weiterhin wird vorgeschlagen, den Entwurf Neuntes Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes in der Drucksache 6/779, Gesetzentwurf der Staatsregierung, an die folgend genannten Ausschüsse zu überweisen: an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss. Wer diesem Vorschlag zustimmen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Auch hier kann ich Einstimmigkeit feststellen. Damit ist der Überweisung zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich schließe den Tagesordnungspunkt. Die Tagesordnung der 8. Sitzung ist abgearbeitet.

Die nächste Sitzung ist für Mittwoch, den 11. März, 10 Uhr, festgelegt. Die Einladungen dazu werden Ihnen

rechtzeitig zugehen. Die Sitzung ist geschlossen und ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag.

(Schluss der Sitzung: 12:20 Uhr)